Nachmittags-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Posen außer in der Expedition bei Krupski (C. H. Ulrici & Co.) Breitestraße 14; in Gnesen bei Herrn Th. Spindler, Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 4; in Grätz bei Herrn L. Streisand; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

# Posener Zeitung.

Sechsundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen: Rudolph Mosse; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg Wien u. Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin: A. Retemeyer, Schloßplatz; in Breslau: Emil Kabath.

Nr. 24.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1⅓ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an

Mittwoch, 15. Januar

(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, dreigespaltene Reklamen 5 Sgr., sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1873.

## Graf Königsmarck.

Der scheidende Oberpräsident der Provinz Posen, welcher jetzt zum Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten ernannt worden ist, steht noch nicht volle vier Jahre an der Spitze der Verwaltung unserer Provinz. Als Graf Königsmarck im Frühjahr 1869 zu diesem hohen Amte berufen wurde, empfing ihn die Bevölkerung mit sehr gemischten Gefühlen, welche hauptsächlich der Vergleich mit seinem Vorgänger anregte. Herr von Horn hatte sich durch seine sechsjährige Wirksamkeit als Chef der posener Zivilverwaltung unter den Bewohnern dieser Provinz — wenigstens unter den Deutschen — mehr Sympathien erworben, als er selbst ahnte, und das Bedauern über seinen Fortgang mochte durch eine gewisse Besorgniß vor den Folgen des Personenwechsels vermehrt werden. Dagegen sah die Mehrheit der Verwaltungsbeamten Herrn v. Horn ohne Bewegung scheiden, da seine bureaukratischen Eigenheiten ihnen manche Beschwerniß verursacht hatten, und in der That waren seine Tugenden der Gewissenhaftigkeit und Gerechtigkeit, sein reges Interesse für die Förderung der Provinz und seine Energie gegen hierarchische Bestrebungen nicht im Stande, den peinlich bureaukratischen Charakter seiner Amtsführung vergessen zu machen.

In den Verwaltungskreisen wurde deßhalb der neue Oberpräsident mit einem Gefühl aufathmender Befriedigung begrüßt. Graf Königsmarck ist kein Bureaukrat, was vielleicht daran liegt, daß er eine gewöhnliche Beamtenkarriere nicht durchlaufen ist. Nachdem er sein Examen als Regierungsassessor bestanden, verwaltete er einige Jahre den Kreis Nauen in der Mark Brandenburg, legte aber bald dieses Amt nieder, um sich 1847 die Herrschaft Chodziesen (Kreis Bromberg) zu kaufen und der Landwirthschaft zu leben. Dies brachte ihn unserer Provinz nahe, und nachdem 1857 der neue landschaftliche Kreditverein (Neue Landschaft) gegründet worden war, wurde im Mai 1858 Graf Königsmarck an Stelle des Herrn v. Lawrence zum königlichen Direktor der Anstalt ernannt, was ihm einen ersprießlichen Wirkungskreis öffnete.

Aus dieser Stellung wurde Graf Königsmarck, welcher schon längst eine persona grata bei Hofe war, an die Spitze der posener Regierung gerufen, und die Hoffnungen, welche an seine Vorzüge anknüpften, hat er in diesem Amte gerechtfertigt. Man rühmt in eingeweihten Kreisen die „kluge" Praxis seiner Verwaltung, welche einfach und darum arbeitsleichter als ehedem ist, man rühmt auch seine Organisation auf dem provinzial-ständischen Gebiete, die Bildung der Landarmendirektion und der provinzial-ständischen Verwaltungskommission, sowie die Reorganisation der Korrektionsanstalt Wahrscheinlich hat Graf Königsmarck noch manche andere Verdienste, welche ihm den sonst schwer findbaren Weg zum Ministersessel geöffnet haben. Denn ein Oberpräsident in unserer Provinz soll nicht nur eine geschickte Verwaltungshand, sondern auch ein politisch-scharfblickendes Auge besitzen, und in der Zeit des deutsch-französischen Krieges, wo die beiden hier lebenden Nationalitäten mehr als gewöhnlich erregt waren, mag Graf Königsmarck wohl Gelegenheit bekommen haben, davon Proben abzulegen.

Aber trotz dieser Verdienste, welche vorzugsweise auf dem Gebiete der büreaukratischen Geschäftsführung liegen, ist Graf Königsmarck dem Bewußtsein und dem Gefühl der Bevölkerung des posenschen Landes nicht näher getreten, weder hat er eine gesellschaftliche Annäherung, wie sie in gewissen Kreisen erwartet wurde, beliebt, noch eine in die Augen fallende Thätigkeit entwickelt. Möglich, daß dieselbe diplomatische Zurückhaltung, welche ihn Fehler vermeiden ließ, ihn auch abgehalten hat, mit energischer Behandlung provinzieller Fragen in den Vordergrund zu treten. In neuester Zeit hat sich derselbe allerdings ein Verdienst durch die Bemühungen um die Zentralisation der landwirthschaftlichen Vereinsgruppen unserer Provinz erworben, aber in anderen Angelegenheiten, besonders auf den Gebieten des Schulwesens und des Verkehrs, wo es bei uns am traurigsten aussieht, ist ein produktives Eingreifen von Seiten der höchsten Verwaltungsstelle unserer Provinz nicht bemerkt worden, so daß allenthalben die Meinung verbreitet ist, daß der scheidende Oberpräsident der Selbsthilfe unserer an geistigen und materiellen Mitteln armen Provinz allzu viel vertraute. Aber wir glauben, daß Graf Königsmarck wenn auch ein stiller so doch kein theilnahmsloser Beobachter unserer Zustände war, dafür dürfte in seinen Berichten das Staatsministerium hinreichende Belege haben. Eher ist anzunehmen, daß er es vermeiden wollte, der von Oben angedeuteten Politik entgegen zu treten; damit läßt sich vielleicht auch die Thatsache erklären, welche in der deutschen Bevölkerung wenig Befriedigung hervorrief, daß der Erzbischof Graf Ledochowski es durchsetzte, das katholische Gymnasium nach Wongrowiec zu bringen und so der simultanen Lehranstalt des benachbarten Rogasen Konkurrenz zu bereiten. Hierfür trägt vermuthlich nur das Mühlersche System die Verantwortung.

Alles in Allem genommen, verliert unsere Provinz in dem gegenwärtigen Oberpräsidenten einen befähigten, thätigen und einsichtsvollen Verwalter, dessen Abgang den Wunsch erregt, daß in der klugen Behandlung unserer schwierigen Verhältnisse, die er genau kannte, sein Nachfolger ihm ähneln möchte.

Graf Königsmarck, noch in der Vollkraft seines Lebens (er zählt 57 Jahr), steigt nun zu einem höheren Amte empor, und wir glauben im Sinne Vieler den Wunsch aussprechen zu dürfen, daß in seinem neuen Wirkungskreise, wo so lange ein geschickter, thätiger Geist vermißt wurde, es ihm gelingen möge, dem Staate Ersprießliches zu leisten. Jedenfalls wird die Provinz Posen seine weitere Wirksamkeit mit regem Interesse verfolgen.

## Ueber die Steuerreform

bringt die nationalliberale Korrespondenz folgende Darlegung:

Die Verhandlungen der Kommission des Abgeordnetenhauses, welche über die Steuerreformvorlage zu berathen hat, haben zu einer vollkommenen Verständigung geführt; an der Genehmigung der Kommissionsbeschlüsse durch das Abgeordnetenhaus ist, nachdem sich die Regierung mit denselben einverstanden erklärt hat, nicht zu zweifeln; damit scheint das Zustandekommen der Steuerreform gesichert. Als das Wichtigste der Zugeständnisse, die von Seiten der Regierung gemacht worden sind, ist die Einwilligung derselben in die Kontingentirung der Klassensteuer auf jährlich 10,800,000 Thlr. zu bezeichnen. Wenn die im vorigen Jahre gemachte Vorlage einen Fehler hatte, so war es der, daß der damit von Seiten der Regierung beabsichtigte Steuernachlaß an der Klassensteuer von 2½ Millionen Thlr. nicht sicher war, daß zum Mindesten über den Umfang des in Wirklichkeit eintretenden Erlasses gestritten werden konnte. Diese Ungewißheit ist jetzt durch die Kontingentirung der Klassensteuer beseitigt, da durch die Feststellung des Gesammtbetrages, der durch diese Steuer aufzubringen ist, das Interesse der Regierung an der Erhöhung der einzelnen Steuerzahlen in der Steuerstufe, von welcher man bekanntlich die theilweise Wiederaufhebung des beabsichtigten Steuernachlasses besorgt, in Wegfall gekommen ist. Die Kontingentirung giebt nicht nur dieselbe Sicherheit wie ein bloßen Steuernachlaß, sondern sie wird auch darüber hinaus zu weiteren Reformen treiben. Die Kontingentirung der Einkommensteuer ist in das gegenwärtige Gesetz nicht gleichzeitig mit eingeschlossen worden und sollte darin auch nicht eingeschlossen werden; es würde dies ganz über den Zweck desselben hinausgegangen sein, welcher den Steuernachlaß auf die Klassensteuer begrenzen und keineswegs das Wachsthum der Einnahmen nach obenhin durch eine völlige Ausnutzung der Einkommensteuer beschränken will. Für die Einkommensteuer ist nicht die Kontingentirung, sondern die Quotisirung das wichtige Mittel, um zu verhindern, daß die Einnahmen des Staates nicht über das Maß der Ausgaben hinauswachsen. Durch die Einführung der Kontingentirung auch bei der Einkommensteuer würde der gerechten Bewegung für die Quotisirung dieser Einkommensteuer eine Ende gemacht werden, während jetzt, wenn die Quotisirung für die Einkommensteuer erreicht wird, dies auch auf die Quotisirung der Klassensteuer zurückwirken wird und dieser durch die inzwischen erfolgende Kontingentirung dieser Steuer nicht der Weg verlegt und dabei doch der nächste praktische Zweck, die Entlastung der untersten Stufe der Steuerzahler besser als durch die Steuerbefreiung dieser Stufe allein gesichert wird, indem diese ja nicht den einzelnen Steuerzahler befreit, sondern in vielen Fällen demselben sogar die Einschätzung in die nächst höhern Stufe und damit eine höhere Steuerbelastung zuziehen wird. Die Regierung hat, indem der Gesammtbetrag der Klassensteuer kontingentirt worden ist, jetzt kein fiskalisches Interesse mehr daran, die bekannte „Schraube ohne Ende" bei den Einschätzungen zur Klassensteuer in Bewegung zu setzen. Demnach glauben wir das Gesetz, wie es aus den Berathungen der Kommission hervorgehen wird, als ein gutes und vollständiges Reformgesetz bezeichnen zu können, welches den Schutz gegen jede mißbräuchliche Anwendung in sich selber trägt. Das Zustandekommen dieses Gesetzes ist ein politisches Moment von der äußersten Wichtigkeit; durch die umsichtigen Verhandlungen in der Kommission und durch ein freundliches Entgegenkommen von Seiten des Finanzministers ist der erste Schritt auf dem Wege finanzieller Reformen gesichert worden und hat die Stellung des Finanzministers eine Befestigung erhalten.

## Die kirchenpolitischen Gesetzesvorlagen.

Wir haben bereits in unserer Sonnabend-Abendnummer den Gesetzentwurf betr. den Austritt aus der Kirche gebracht und wollen auch die beiden anderen Entwürfe mittheilen, weil ohne eine genaue Kenntniß derselben die sich daran knüpfen, die Diskussion kaum hinreichend verstanden werden dürfte. Zunächst den

**Entwurf eines Gesetzes über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen.**

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen rc., verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtags für den Umfang der Monarchie, einschließlich des Jadegebiets, was folgt:

I. Allgemeine Bestimmungen. § 1. Ein geistliches Amt darf in einer der christlichen Kirchen nur einem deutschen übertragen werden, welcher seine wissenschaftliche Vorbildung nach den Vorschriften dieses Gesetzes dargethan hat und gegen dessen Anstellung kein Einspruch von der Staatsregierung erhoben worden ist. — § 2. Die Vorschriften des § 1 kommen zur Anwendung, gleichviel ob das Amt dauernd oder widerruflich übertragen werden oder nur eine Stellvertretung oder Hilfsleistung in demselben statthaben soll. Ist Gefahr im Verzuge, so kann eine Stellvertretung oder Hilfsleistung einstweilen und vorbehaltlich der Genehmigung der Staatsregierung angeordnet werden. — § 3. Die Vorschriften des § 1 kommen auch zur Anwendung, wenn einem bereits im Amte (§ 2) stehenden Geistlichen ein anderes geistliches Amt übertragen oder eine widerrufliche Anstellung in eine dauernde verwandelt werden soll.

II. Vorbildung zum geistlichen Amte. § 4. Zur Bekleidung eines geistlichen Amts ist die Ablegung der Entlassungsprüfung auf einem deutschen Gymnasium, die Zurücklegung eines dreijährigen theologischen Studiums auf einer deutschen Staatsuniversität, so wie die Ablegung einer wissenschaftlichen Staatsprüfung erforderlich. — § 5. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist ermächtigt, mit Rücksicht auf ein vorangegangenes anderes Universitätsstudium, als das der Theologie, oder mit Rücksicht auf ein an einer außerdeutschen Staatsuniversität zurückgelegtes Studium, von dem vorgeschriebenen dreijährigen Studium an einer deutschen Staatsuniversität einen angemessenen Zeitraum zu erlassen. — § 6. Das theologische Studium kann in den bei Verkündung dieses Gesetzes in Preußen bestehenden, zur wissenschaftlichen Vorbildung der Theologen bestimmten kirchlichen Seminaren zurückgelegt werden, wenn der Minister der geistlichen Angelegenheiten anerkennt, daß dieses Studium das Universitätsstudium zu ersetzen geeignet sei. Diese Vorschrift findet jedoch nur auf die Seminare an denjenigen Orten Anwendung, an welchen sich keine theoligische Fakultät befindet, und gilt nur für diejenigen Studirenden, welche dem Sprengel angehören, für den das Seminar errichtet ist. Die im ersten Absatz erwähnte Anerkennung darf nicht verweigert werden, wenn die Einrichtung der Anstalt den Bestimmungen dieses Gesetzes entspricht und der Minister der geistlichen Angelegenheiten den Lehrplan derselben genehmigt. — § 7. Während des vorgeschriebenen Universitätsstudiums dürfen die Studirenden einem kirchlichen Seminare nicht angehören. — § 8. Die Staatsprüfung hat nach zurückgelegtem theologischen Studium Statt. Zu derselben darf nur zugelassen werden, wer den Vorschriften über die Gymnasialbildung und theologische Vorbildung vollständig genügt hat. Die Prüfung wird darauf gerichtet, ob der Kandidat sich die für seinen Beruf erforderliche allgemeine wissenschaftliche Bildung, insbesondere auf dem Gebiete der Philosophie, der Geschichte, der deutschen Literatur und der klassischen Sprachen erworben habe. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten trifft die näheren Anordnungen über die Prüfung. — § 9. Alle kirchlichen Anstalten, welche der Vorbildung der Geistlichen dienen, (Knabenseminare, Klerikalseminare, Prediger- und Priesterseminare, Konvikte rc.) stehen unter Aufsicht des Staates. Die Hausordnung und das Reglement über die Disziplin in diesen Anstalten, der Lehrplan der Knabenseminare und Knabenkonvikte, so wie derjenigen Seminare, für welche die im § 6 bezeichnete Anerkennung ertheilt ist, sind dem Oberpräsidenten der Provinz von dem Vorsteher der Anstalten vorzulegen. Die Anstalten unterliegen der Revision durch Kommissarien, welche der Oberpräsident ernennt. — § 10. An den im vorstehenden Paragraphen gedachten Anstalten darf als Lehrer oder zur Wahrnehmung der Disziplin nur ein Deutscher angestellt werden, welcher seine wissenschaftliche Befähigung nach Vorschrift des § 11 dargethan hat und gegen dessen Anstellung kein Einspruch von der Staatsregierung erhoben worden ist. Die Vorschriften der §§ 2 und 3 finden entsprechende Anwendung. — § 11. Zur Anstellung an einem Knabenseminare oder Knabenkonvitte ist die Befähigung zur entsprechenden Anstellung an einem preußischen Gymnasium, zur Anstellung an einer für die theologisch-wissenschaftliche Vorbildung bestimmten Anstalt die Befähigung erforderlich, an einer deutschen Staats-Universität in der Disziplin zu lehren, für welche die Anstellung erfolgt. Kleriker und Predigtamts-Kandidaten müssen die für Geistliche vorgeschriebene Vorbildung besitzen. Dieselbe genügt zur Anstellung an den zur theologisch-praktischen Vorbildung bestimmten Anstalten. — § 12. Für die Erhebung des Einspruchs gegen die Anstellung finden die Bestimmungen entsprechende Anwendung, welche die Erhebung des Einspruchs gegen die Anstellung von Geistlichen regeln. — § 13. Werden die in den §§ 9—11 enthaltenen Vorschriften oder die von Aufsichtswegen getroffenen Anordnungen nicht befolgt, so ist der Minister der geistlichen Angelegenheiten ermächtigt, bis zur Befolgung die der Anstalt gewidmeten Staatsmittel einzubehalten oder die Anstalt zu schließen. Unter der angegebenen Voraussetzung und bis zu dem bezeichneten Zeitpunkte können Zöglinge der Knaben-Seminare und Knabenkonvikte von dem Besuche der Gymnasien und von der Entlassungs-Prüfung ausgeschlossen und den im § 6 erwähnten Anstalten die ertheilte Anerkennung entzogen werden. Diese Anordnungen stehen dem Minister der geistlichen Angelegenheiten zu. — § 14. Knaben-Seminare und Knaben-Konvikte dürfen nicht mehr errichtet und in den bestehenden Anstalten dieser Art neue Zöglinge nicht mehr aufgenommen werden.

III. Anstellung der Geistlichen. § 15. Die geistlichen Oberen sind verpflichtet, diejenigen Kandidaten, welchen ein geistliches Amt übertragen werden soll, dem Oberpräsidenten zu benennen. Dasselbe gilt bei Versetzung eines Geistlichen in ein anderes geistliches Amt, oder bei Umwandlung einer widerruflichen Anstellung in eine dauernde. Innerhalb dreißig Tagen nach der Benennung kann Einspruch gegen die Anstellung erhoben werden. Die Erhebung des Einspruches steht dem Oberpräsidenten zu. Gegen die Einspruchs-Erklärung kann innerhalb dreißig Tagen bei dem Minister der geistlichen Angelegenheiten Beschwerde erhoben werden, bei dessen Entscheidung es bewendet. — § 16. Der Einspruch findet statt, wenn dafür erachtet wird, daß der Anzustellende aus einem Grunde, welcher dem bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Gebiete angehört, für die Stelle nicht geeignet sei, insbesondere wenn seine Vorbildung den Vorschriften dieses Gesetzes nicht entspricht. Die Gründe für den Einspruch sind anzugeben. — § 17. Die Uebertragung eines geistlichen Amtes, welche der Vorschrift des § 1 zuwiderläuft, gilt als nicht geschehen. — § 18. Jedes Pfarramt ist innerhalb eines Jahres, vom Tage der Erledigung gerechnet, dauernd zu besetzen. Die Frist ist vom Oberpräsidenten im Falle des Bedürfnisses auf Antrag angemessen zu verlängern. Nach Ablauf der Frist ist der Oberpräsident befugt, die Wiederbesetzung der Stelle durch Geldstrafen bis zum Betrage von 1000 Thalern zu erzwingen. Die Androhung und Festsetzung der Strafe darf wiederholt werden, bis dem Gesetze genügt ist. Außerdem ist der Minister der geistlichen Angelegenheiten ermächtigt, bis dahin Staatsmittel einzubehalten, welche zur Unterhaltung der Stelle oder desjenigen geistlichen Oberen dienen, der das Pfarramt zu besetzen, oder die Besetzung zu genehmigen hat. — § 19. Die Errichtung von Seelsorge-Aemtern, deren Inhaber unbedingt abberufen werden dürfen, ist nur mit Genehmigung des Ministers der geistlichen Angelegenheiten zulässig. Die Sukkursal-Pfarreien im Bereiche des französischen Rechts gelten mit dem Ablauf von sechs Monaten nach Verkündigung dieses Gesetzes den Inhabern als dauernd verliehen. — § 20. Anordnungen oder Vereinbarungen, welche die durch das Gesetz begründete Klagbarkeit der aus dem geistlichen Amtsverhältnisse entspringenden vermögensrechtlichen Ansprüche ausschließen oder -beschränken, sind unverbindlich. — § 21. Die Verurtheilung zur Zuchthausstrafe, die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter hat den Verlust des geistlichen Amts zur Folge.

IV. Strafbestimmungen. § 22. Ein geistlicher Oberer, welcher den §§ 1 bis 3 zuwider ein geistliches Amt überträgt oder die Uebertragung genehmigt, wird mit Geldstrafe von 200 bis zu 1000 Thalern bestraft. Dieselbe Strafe trifft denjenigen, welcher der Vorschrift des § 19, Absatz 1 zuwiderhandelt. — § 23. Wer geistliche Amtshandlungen in einem Amte vornimmt, welches ihm den Vorschriften der §§ 1 bis 3 zuwider übertragen worden ist, wird mit Geldstrafe bis zu 100 Thalern bestraft. Dieselbe Strafe trifft denjenigen, der geistliche Amtshandlungen in einem von ihm nicht dauernd verwalteten Pfarramte vornimmt, nachdem er von dem Oberpräsidenten benachrichtigt worden ist, daß das Zwangsverfahren behufs Wiederbesetzung der Stelle in Gemäßheit der Vorschrift in § 18, Abth. 2 eingeleitet sei. — § 24. Wer geistliche Amtshandlungen vornimmt, nachdem er in Folge gerichtlichen Strafurtheils das geistliche Amt verloren hat (§ 21), wird mit Geldstrafe bis zu 100 Thalern bestraft.

V. Uebergangs- und Schlußbestimmungen. § 25. Ausländer, welchen vor Verkündung dieses Gesetzes ein geistliches Amt (§ 2) oder eines der im § 10 erwähnten Aemter an kirchlichen Anstalten übertragen worden ist, haben bei Verlust desselben innerhalb sechs

Monaten die Reichsangehörigkeit zu erwerben. — § 26. Die Vorschriften dieses Gesetzes über den Nachweis wissenschaftlicher Vorbildung und Befähigung finden keine Anwendung, wenn vor Verkündung dieses Gesetzes angestellte Personen in ein Amt gleicher Art versetzt oder zu dieser Zeit widerruflich verwaltete Aemter an ihre Inhaber dauernd übertragen werden sollen. In anderen Fällen ist der Minister der geistlichen Angelegenheiten ermächtigt, denjenigen Personen, welche vor Verkündung dieses Gesetzes in ein Amt getreten sind, oder in ihrer Vorbildung zum geistlichen Amte vorgeschritten waren, den in diesem Gesetze vorgeschriebenen Nachweis der Vorbildung ganz oder theilweise zu erlassen. — § 27. Die in den §§ 4 und 8 dieses Gesetzes vorgeschriebene Staatsprüfung kann mit der theologischen Prüfung verbunden werden, in sofern die Einrichtung dieser letzteren Prüfung und die Bildung der Prüfungskommissionen Behörden zusteht, deren Mitglieder sämmtlich oder theilweise vom Könige ernannt werden. — § 28. Die Vorschriften dieses Gesetzes über das Einspruchsrecht des Staats (§§ 1, 10, 12, 15 und 16) finden in den Fällen keine Anwedung, in welchen die Anstellung durch Behörden erfolgt, deren Mitglieder sämmtlich vom Könige ernannt werden. — § 29. So weit die Mitwirkung des Staats bei Besetzung geistlicher Aemter auf Grund des Patronats oder besonderer Rechtstitel anderweit geregelt ist, behält es dabei sein Bewenden. Desgleichen werden die bestehenden Rechte des Staats bezüglich der Anstellung von Geistlichen beim Militär und an öffentlichen Anstalten durch das vorliegende Gesetz nicht berührt. — § 30. Dieses tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist mit Ausführung desselben beauftragt.

## Deutschland.

△ **Berlin**, 14. Januar. Die längst erwartete Entlassung des bisherigen landwirthschaftlichen Ministers ist, wie heute dem Abgeordnetenhause amtlich mitgetheilt worden, zur Thatsache geworden. Wie ich höre, hat der Kaiser in der Allerhöchsten Ordre, welche das Datum des gestrigen Tages trägt, das Entlassungsgesuch unter wohlwollender Anerkennung der bisher geleisteten Dienste und unter Vorbehalt einer künftigen Wiederverwendung genehmigt. Bekanntlich erfolgte dieser Vorbehalt auch beim Rücktritt der Minister Graf Lippe und v. Mühler, ohne daß von demselben bisher Gebrauch gemacht worden wäre Es ist nothwendig, hierauf aufmerksam zu machen gegenüber den Gerüchten, welche eine sofortige Wiederverwendung des Herrn v. Selchow in Aussicht stellten und die Verzögerung der Genehmigung des Entlassungsgesuches dadurch erklärten, daß gleichzeitig die Ernennung des Ministers zum Oberpräsidenten einer Provinz erfolgen solle. Hiervon scheint jedenfalls jetzt Abstand genommen zu sein. Auch das Gerücht von einer Erweiterung der Ressortgeschäfte des landwirthschaftlichen Ministeriums hat bis jetzt keine Bestätigung gefunden; die Frage selbst unterliegt wohl noch weiteren Erwägungen. — Was die Besetzung der vakanten Ober-Präsidien betrifft, deren Zahl jetzt durch die Berufung des Grafen Königsmarck zum Minister auf 4 herangewachsen ist, so dürfte zunächst auf die Ernennung für Posen Bedacht genommen werden, weil die dortigen Verhältnisse eine schleunige Wiederbesetzung und zwar durch eine umsichtige und energische Persönlichkeit erfordere. Man irrt wohl nicht in der Annahme, daß Herr v. Nordenflycht vorzugsweise für die Berufung in diese Oberpräsidialstelle als geeignet angesehen wird. Uebrigens erwartet man auch in naher Zukunft die Wiederbesetzung der Oberpräsidien für Schlesien, Sachsen und Hannover. — Der Handelsminister hat unterm 8. Januar an die Direktionen der Staats-Eisenbahnen „Allgemeine Bestimmungen über die Verwendung von Frauen im Staats-Eisenbahndienste" versendet, welche durch eine Allerhöchste Ordre vom 30. v. M Genehmigung erhalten haben. Es dürfen demnach im Falle des Bedarfs Verwendung finden zunächst weibliche Angehörige von Bahnbeamten unter deren Verantwortung zu allen nicht zum Außendienst gehörigen Geschäften und beim Billetverkauf gegen eine Remuneration von höchstens 10 Thlrn. monatlich, sodann auch sonstige unverheirathete Frauen oder kinderlose Wittwen zwischen 20 und 40 Jahren unter eigener Verantwortung im Billet- und Gepäck-Expeditionsdienst und im Bahn-Telegraphendienst. Diese erhalten ein Honorar von 15 Thlrn. bis zum Minimalbetrage des Gehalts der Beamtenstellen gleicher Kategorie. Etatsmäßige Dienststellen dürfen aber nur dann auf Frauen übertragen werden, wenn qualifizirte Militär-Anwärter nicht vorhanden sind.

Σ **Berlin**, 19. Januar. Laskers heutige Eisenbahnrede wird weithin im Lande Sensation machen. Alles was man bisher über Itzenplitz's Handhabung des Eisenbahnkonzessionssystems ermittelte, hat hier zum ersten Mal klar und deutlich Ausdruck gefunden. Bisher beherrscht eine Interessentenkoalition die Eisenbahndebatten vollständig. Jeder Redner suchte mehr oder weniger dreist dem Minister ein Stückchen Konzession abzuschmeicheln. Auch heute begannen die ersten konservativen Redner wieder in der alten Weise. Da riß Lasker schonungslos den Schleier von dem bisherigen System, er charakterisirte die vollendete Grundsatzlosigkeit, die Entscheidungen nach Gunst und Ungunst. Das Konzessions-Mutterthum, welches sich entwickelt, den Konzessionshandel, den ein Fürst Putbus und ein Geheimerrath Wegener betrieben, die Protektion Stroußbergs und andererseits wiederum die Schwierigkeiten, welche ehrlichen Unternehmern bereitet worden seien. Der Minister Itzenplitz vermochte keine einzige Thatsache zu bestreiten, er stammelte, daß die genannten Personen doch an der Spitze von Komites gestanden, eine Ausführung, die Lasker vorgesehen hatte und welche von der Linken mit ironischen Zurufen begleitet wurde. Im Uebrigen berufe er sich darauf, daß auch die genannten Personen mit ihm unzufrieden seien, offenbar weil ihnen mit dem Essen ein noch größerer Appetit gekommen. Man kann Itzenplitz freilich nicht nachweisen, daß er für seine Person sich Vortheile verschafft. — Das Gerede über das Verhältniß einiger Linien zu seinen Gütern ist schwerlich begründet — desto lauter aber dürften sich im Lande jetzt die Zweifel über die Fähigkeit des 74jährigen Greises erheben, einer so schwierigen Verwaltung noch länger vorzustehen. Parlamentarisch hat niemals in Preußen ein Minister im Abgeordnetenhause solches Fiasko gemacht — das will bekanntlich viel sagen. Der alte Herr empfindet heute vielleicht Reue darüber, daß er auf seinem Abschiedsgesuche vor 3 Monaten dem Könige gegenüber nicht nachdrücklicher bestanden hat. Daraus folgt aber noch lange nicht, daß er nunmehr abgeht. Das hieße ja parlamentarischer Kritik und parlamentarischen Einflüssen weichen. Eben jetzt liefert Fürst Bismarck in der Diätenfrage ein Beispiel, wie wenig Rücksicht man einer Volksvertretung auch in persönlichen Angelegenheiten schuldig zu sein braucht. Präsident v. Forckenbeck hatte persönlich das Ministerium ersucht, wegen Erhöhung der Abgeordnetendiäten auf 5 Thlr. die Initiative zu ergreifen. Der Erfolg ist ein solcher gewesen, daß Forckenbeck es mit seiner Autorität nicht vereinbarlich hielt, seinerseits in der Sache weitere Schritte zu thun. Dabei sei bemerkt, daß die Diätenerhöhung erst für das im Herbst neu zu errichtende Abgeordnetenhaus Geltung erhalten sollte. Nach dem Vortrag des Präsidenten hat darauf der Gesammtvorstand des Hauses — bekanntlich aus allen Parteien zusammengesetzt — durch den Vizepräsidenten von Bennigsen der Budgetkommission über das Sachverhältniß gestern Vortrag halten lassen. Bennigsen — obwohl im Reichstage Gegner der Diäten, sprach sich dahin aus, daß, wenn die Regierung inzwischen nicht einen Gesetzentwnrf einbringe, das Abgeordnetenhaus berechtigt sei, im Etat selbst die Initiative zur Erhöhung zu ergreifen. Er beantragte, zunächst ihn zu bevollmächtigen, sich Namens der Budgetkommission mit der Regierung in Verbindung zu setzen. Diesen Antrag hatte der ganze Vorstand mit Ausnahme des konservativen Schriftführers Landrath. v. d. Goltz unterstützt. Der Antrag wurde auch von der Kommission einstimmig angenommen. Auf die Bemerkung des Regierungs-Kommissars aus dem Finanzministerium, die Erhöhung der Diäten sei eine politische Frage, erwiderte namentlich auch Bennigsen, daß es sich lediglich um thatsächliche Aufrechthaltung eines verfassungsmäßig feststehenden Prinzips handle und daß eine Weigerung der Regierung das Verhältniß zum Abgeordnetenhause erheblich zu trüben geeignet sei. — Wie ich höre, ist eine Majorität im Abgeordnetenhause dafür ziemlich gesichert, die Sache nöthigenfalls im Etat durch eigene Initiative zum Austrage zu bringen. Die Konservativen wollen die Frage aus dem Bereich des Etats hinaus auf den Weg der Gesetzgebung spielen, in der stillen Hoffnung, daß das Herrenhaus zuletzt das Gesetz verwerfen werde. Allerdings schreibt die Verfassung vor, daß die Diäten nach Maßgabe des Gesetzes gezahlt werden sollen Die liberale Seite wird sich solcher gesetzlichen Regelung auch nicht entziehen, andererseits aber den Etat nicht vor Zustandekommen des Gesetzes abschließen bezw. Gesetz und Etat gleichzeitig an das Herrenhaus überreichen. — Der Gesetzentwurf betreffend die Ausschließung der Beamten von der Beaufsichtigung und Verwaltung der Erwerbsgesellschaften liegt bereits dem Könige zur Zeichnung vor.

— Um das Diplom als Ehrenbürger der Stadt Stendal entgegenzunehmen, hatte Fürst Bismarck — schreibt das „Altm. Lese- und Intellig.-Bl." — den 8. d. M. bestimmt. Die Deputation bestand aus dem Bürgermeister Dr. Kindervater, dem Stadverordnetenvorsteher Rechtsanwalt v. Hagen, dessen Stellvertreter Rendanten Brehmer und dem Steuerinspektor Meyenburg. Sie wurde um 2 Uhr Nachmitjags vom Fürsten empfangen. Der Bürgermeister Dr. Kindervater überreichte das Diplom mit einer kurzen Ansprache, worauf der Fürst in den huldvollsten Worten erwiderte, indem er namentlich hervorhob, daß es für ihn eine besondere Freude sei, gerade in Stendal das Bürgerrecht zu erlangen, weil er dadurch wieder in den uralten landsmännischen Verband aufgenommen und Bürger der Stadt werde, aus der seine Altvordern vor Jahrhunderten durch die Verfolgungen fanatischer Priester vertrieben seien. Derselbe Streit, zwar in anderen, doch kaum veränderten Formen, finde den Urenkel auch jetzt noch auf dem Kampfplatze vor. Der Fürst schloß die Audienz mit einer freundlichen Einladung zum Diner. Die Deputation fand den Fürsten, der zu Ehren derselben die Uniform seines altmärkischen Landwehrregiments angelegt hatte, im Kreise seiner Familie und einiger derselben nahe stehenden Personen. Auch der Staatsminister von Kameke und der Legationssekretär Stumm waren anwesend.

— In dem Entwurfe eines Gesetzes über die Vorbildung und Anstellung eines Geistlichen heißt es in § 16: „Jedes Pfarramt ist innerhalb eines Jahres, vom Tage der Erledigung gerechnet, dauernd zu besetzen." Die „Kreuzztg." bemerkt dazu folgendes:

Abgesehen davon, daß durch das Allg. Landrecht bei Patronatspfarren eine sechsmonatliche Präsentationsfrist gewährt ist, und im Falle der Nichtbestätigung des Präsentirten eine neue Verzögerung eintritt, was soll denn die Kirchenbehörde machen, wenn sich für ungenügend dotirte Stellen keine Bewerber finden? Wie die Dinge liegen, ist das leider für evangelische Pfarren eine Möglichkeit, welche auch ins Auge gefaßt werden muß. Dann dürfte selbst die „angemessene" Verlängerung, welche der Oberpräsident „im Falle des Bedürfnisses" zu gewähren hat, nicht ausreichen, und die Kirchenbehörde könnte Angesichts der hohen Geldstrafen, durch welche die Wiederbesetzung erzwungen werden kann, in eine recht seltsame und mißliche Lage gerathen.

— Nach der Krefelder „Niederrh. Volksz." sagte Herr A. Reichensperger vor den Wählern in Krefeld am 6. Januar u. A.:

Man wolle jetzt den „Staatsgötzen" an Gottes Stelle setzen; wir gingen einem „Staatsmandarinenthum mit Kasernenwirthschaft" entgegen; wie der französische Konvent erklärte, das Kind gehöre der Republik an, so solle jetzt der Staat über die Erziehung der Kinder bestimmen, und wenn die Eltern anderer Meinung seien, so würden sie eingesperrt.

Will Herr A. Reichensperger, fragt die „Spen. Ztg.", nicht nachträglich ein Beispiel solcher Einsperrung angeben? Unseres Wissens bestraft der Staat nur die Eltern, die ihre Kinder überhaupt nicht unterrichten lassen, die obligatorische Schulpflicht nicht erfüllen wollen. Oder ist das auch Staatsgötzenthum? Sollen die Eltern von Gott das Recht haben, ihre Kinder wie das liebe Vieh aufwachsen zu lassen?

— Hiesige Blätter verbreiten die Mittheilung, bei den Berathungen des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf in Betreff der Zivilehe habe ein Minister für die Noth-Zivilehe, ein anderer für die fakultative Zivilehe sich ausgesprochen, während alle übrigen Minister sich für die obligatorische Zivilehe erklärt hätten. Die „Kreuzztg." bemerkt dazu: Nach dem, was über den Stand der Dinge bekannt geworden, sind diese Angaben für unrichtig anzusehen, da die ganze Frage überhaupt noch nicht bis zu solchen Entscheidungen gediehen ist. Bei derselben spielt auch der Geldpunkt eine wesentliche Rolle, und in Betreff dieses Punktes sollen erst noch Vorvermittelungen stattfinden.

— Die Konferenzen der deutschen Justizminister über die Reichs-Justizgesetzgebung werden im Febr. d. J. hier wieder beginnen. Inzwischen wird der Entwurf einer Gerichtsorganisation im Justizministerium fertig gestellt sein, an welchem der Geheime Oberjustizrath Dr. Förster und zwar ohne Unterstützung außerpreußischer Kommissare, wovon früher die Rede war, eifrig arbeitet. Dagegen sieht man einer kommissarischen Berathung über eine deutsche Militär-Strafprozeß-Ordnung entgegen, bezüglich welcher einer Vorlegung schon während der nächsten Reichstagssession in Aussicht genommen ist. — Es bestätigt sich, daß die Absicht, eine neue Vormundschaftsordnung an den Landtag zu bringen, für die laufende Session aufgegeben ist und zwar nicht in Folge der angegriffenen Gesundheit des Justizministers, worüber ungenaue Angaben zirkuliren, sondern um das ohnehin so große Material des Landtages nicht zu erweitern, zumal da man andererseits schon befürchtet, selbst das bereits vorgelegte Expropriations-Gesetz nicht mehr erledigen zu können.

— Der gestrige Reichsanzeiger publicirt das Resultat des gerichtlichen Untersuchungsverfahrens über die vielgenannte Zapfenstreich-Angelegenheit. Dasselbe beginnt mit folgenden Worten: „Das von dem hiesigen Stadtgerichte eingeleitete Ermittelungs-Verfahren zur Prüfung der Frage, ob an dem Tode der am 7. September v. J. auf der Schloßfreiheit verunglückten Personen eine Verschuldung hiesiger Polizeibeamten oder anderer Personen anzunehmen sei, hat dahin geführt, daß keine derartige Verschuldung nachgewiesen ist und daher jede Veranlassung zur Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung fehlt. Aus den stattgefundenen gerichtlichen Verhandlungen hat sich nachstehender Thatbestand ergeben." Nun folgt die Darstellung der gerichtlichen Ermittelungen, welche mit folgenden Worten schließt: „Was endlich die oben erwähnte Aufstellung eines Handwagens Seitens des Tischlers O. betrifft, so ist nicht dargethan worden, daß unter denjenigen Personen, welche durch den Zusammensturz des Wagens niedergeworfen worden sind, Jemand zu Tode gekommen ist. Der Wagen war überdies von fester Bauart und hatte eine Tragkraft von mehr als 12 Zentnern Einer größeren Zahl von Menschen als 8—10 hatte O. die Erlaubniß, den Wagen zu besteigen, nicht ertheilt. Das Vergehen einer fahrlässigen Tödtung fällt ihm hiernach nicht zur Last. Auf Grund dieser aktenmäßig festgestellten Thatsachen hat der Staatsanwalt des kgl. Stadtgerichts die Annahme für ausgeschlossen erachtet, daß die fraglichen Unglücksfälle durch die Schuld dritter Personen, insbesondere durch die Schuld von Polizeibeamten, herbeigeführt worden seien. Der Ober-Staatsanwalt des königl. Kammergerichts hat sich der Ausführung des Staats-Anwalts angeschlossen und demgemäß ebenfalls angenommen, daß das beklagenswerthe Ereigniß sich als ein Unglücksfall darstelle."

— Die Rednerliste des Abgeordnetenhauses während der Session 1871/1872 ist nun veröffentlicht worden. Wenn eine Statistik, wie die vorliegende, auch keinen Ueberblick über die Qualität gewährt, läßt sich doch die quantitativen Leistungen der Herren Abgeordneten überblicken. Weitaus obenan steht selbstverständlich der Abg. Lasker mit der nicht eben geringen Anzahl von 116 Reden. Der größten Enthaltsamkeit hat dieser Herr sich während der ersten Tage der Session befleißigt; er hat während voller acht Tage keine einzige Rede gehalten. Später gestaltete sich das Verhältniß anders und es existiren nur wenige Tage, an denen der verehrte Abgeordnete das Haus nicht oratorische Leistungen erfreut hätte. Am 21. März hat Hr. Lasker nicht mehr als 14 Mal das Wort ergriffen. Es war der erste Tag der Kreisordnung. Nächst ihm ist der Minister Camphauser; Derjenige, der zumeist gesprochen, der Hr. Finanzminister hat 70 Mal, sein Hr. Kollege Eulenburg 43 Mal gesprochen. Hr. v. Mühler war glücklicher Weise in der Lage, nur noch zweimal das Wort ergreifen zu können, eben so oft hat der Kriegsminister gesprochen. Von den Abgeordneten sind es die Nationalliberalen, die zumeist gesprochen, denn unmittelbar nach Hrn. Lasker figurirt Hr. Miquel mit 50 Reden. Braun-Wiesbaden hat 11 Mal gesprochen, die Anzahl der verwandten Zitate führt der Bericht indeß nicht an. Dann kommen die Herren vom Zentrum, Windthorst 47, Mallinckrodt aber nur 17 Mal, die beiden Reichensperger je 21 und 11 Mal. Es steht den Zentralen am Nächsten der Gefängnißdirektor und Abg. Strosser, der 10 Mal das Wort ergriffen hat. Am Enthaltsamsten war die Fortschrittspartei, von der Virchow 42, Löwe 18 und Schultze-Delitzsch gar nur 1 Mal gesprochen.

**Hannover**, 8. Januar. Bekanntlich gestattete sich in der zweiten Verhandlung seines Prozesses Pastor Grote beleidigende Aeußerungen gegen die Strafkammer, welche das erstinstanzliche Urtheil gefällt. Dieselben wurden seitens der Kronanwaltschaft zum Zweck der Mittheilung an die Strafkammer ausdrücklich im Protokoll wörtlich wiedergegeben. Wie der „Hannov. Cour." hört, ist diese Mittheilung an die Strafkammer gemacht, indeß hat diese beschlossen, einen Strafantrag gegen Grote nicht zu stellen.

**Köln**, 12. Januar. Den beiden hiesigen katholischen Pfarrern ist die Aufsicht über die Schulen auf Anordnung des Kultus-Ministers entzogen worden. (Rh. u. M.-Ztg.)

**München**, 12. Januar. Wegen der bekannten Ingolstädter Vorgänge schwebt noch immer die Untersuchung. Einstweilen haben die beiden ultramontanen Gemeindekollegien dem antinationalen Gouverneur General Hütz eine Vertrauensadresse votirt. — In dem Streite zwischen „Volksfreund" und „Vaterland" hält das letztere Hrn. Dr. Rittler vor, daß er bei der Erwerbung des Blattes Herrn Zander schriftlich mindestens monatlich 50 Fl. versprochen habe und droht mit weiteren „Enthüllungen". — Im bevorstehenden Karneval sollen nach dem Muster anderer Residenzen auch hier „Wohlthätigkeitsbälle" abgehalten werden.

**Straßburg**, 10. Januar. Der „Niederrh. Kurier" theilte gestern Abend in einer Extrabeilage den Tod des Exkaisers Napoleon der hiesigen Bevölkerung mit. Nicht leicht hätte ein anderes Ereigniß die ehemalige französische Einwohnerschaft derart in Aufregung versetzen können, wie diese Nachricht. Der Haß gegen den Mann, welchem vor Jahren noch dieselbe Bevölkerung servil zugejubelt hat, fand den leidenschaftlichen Ausdruck. Die Worte, mit denen Einer dem Anderen das Ereigniß mittheilte, sind nicht wiederzugeben und werfen auf den Bildungsgrad eines großen Theiles der älteren Einwohnerschaft ein geradezu trauriges Licht. Vielleicht noch keinem Fürsten folgten solche Verwünschungen in das Grab nach, wie dem Manne, der 20 Jahre die Geschicke der französischen Nation — nach dem Geschmacke derselben — leitete. — Daß aber überhaupt die Bildung und der Anstand hier nicht etwa blos in den niederen Klassen der früheren französischen Einwohnerschaft, sondern auch in den sogenannten höheren noch recht viel zu wünschen übrig läßt, das zeigte eine Episode, die bei der letzten Armenlotterie im Saale der alten Mairie spielte. Als eine deutsche Dame die Bitte an die Lotterie-Kommission richtete, es möchten die gezogenen Nummern auch deutsch ausgerufen werden, — eine Bitte, die gewiß gerechtfertigt war, da sicher die Hälfte der Loose in den Händen „guter Deutscher" sich befanden, war es nahe daran, daß diese Dame — von der französischen Galanterie vor die Thüre gesetzt wurde.

**Straßburg**, 10. Januar. Die Wundergeschichten nehmen ihren Fortgang und der „Volksfreund" weiß wieder von neuen Erscheinungen zu erzählen. Die Mutter Gottes mahnt: „Betet ohne Unterlaß!" welche Worte der Eine in französischer, der Andere in deutscher Sprache vernimmt. Eine „zuverlässige Zeugin" aus Weiler berichtet: „Ich war am 8. Dezember droben. Plötzlich sah ich vor mir eine Frauengestalt. Der Kopf war deutlich gebildet, nicht erkennbar waren mir die Gesichtszüge. Der obere Theil des Bildes war schwarz, der untere grau gekleidet. Es kreuzte die schneeweißen Arme über der Brust. Ganz außer mir, lief ich halbwegs auf das Bild zu; da befand ich mich vor dem Bilde des heiligen Vaters, den ich genau erkannte. Als ich an die Stelle kam, wo die Erscheinung sich zeigte, war Alles verschwunden." Am 9. Dezember bemerkten die Gläubigen „eine große Prozession von Erscheinungen: die Mutter Gottes, den Papst, Priester und in Gold gekleidete Frauen. Täglich steigen bis 100 Menschen zu Krüth hinauf." Also der heilige Vater muß schon bei Lebzeiten umgehen. Ob er selbst im Vatikan weiß, daß er zu gleicher Zeit in Krüth gewesen ist? Wenn Gensdarmen in der Nähe sind, zeigt sich die Mutter Gottes nicht.

## Italien.

!? **Rom.** 9. Januar. Eine Gesellschaft von ohngefähr 90 deutschen Literaten, Offizieren, Künstlern, Studenten und Rentiers ist gestern hier angekommen. Sie wird sich allem Anschein nach ein Paar Monate hier aufhalten und alle 14 Tage einen Bericht über ihre Beobachtungen durch Exemplare der italienischen Flora nach Berlin einsenden. Von Rom begiebt sich die ganze Gesellschaft nach Neapel und Sicilien, wo sie den Aetna zu besteigen gedenkt. Nachdem sie Italien in seiner ganzen Ausdehnung besucht haben wird, wird sie wieder in ihr Vaterland zurückkehren.

## Rußland und Polen.

† **Petersburg**, den 10. Januar. Die mehrmonatliche Rundreise, welche der bekannte französische Publizist Louis Léger im verflossenen Sommer im Interesse der französisch-russischen Allianz durch Rußland machte und von der ich seiner Zeit berichtete, beginnt ihre Früchte zu tragen. Wie der hiesigen Börsenzeitung aus Paris berichtet wird, hat sich dort unter dem Vorsitz des Slawophilen Léger ein panslawistisches Komite gebildet, das sich die Aufgabe gestellt hat, für die Verbreitung der Kenntniß der französischen Sprache und Literatur in Rußland und unter den übrigen slawischen Völkern zu wirken, um dadurch den Einfluß Frankreichs unter denselben zu verbreiten und zu befestigen. Diesen doppelten Zweck will das Komite hauptsächlich durch Verbreitung französischer Zeitschriften und Bücher in den slawischen Ländern erreichen; es scheint aber nicht bedacht zu haben, daß der russische Zensor ihm in Bezug auf die russischen Länder jedenfalls große Hindernisse in den Weg legen wird. Die panslawistische Börsenzeitung ist sehr erfreut aber diese Kundgebung französischer Sympathie für die slawischen Völker und hofft, daß die Wirksamkeit des Komites denselben ebenso wie Frankreich zu großem Segen gereichen wird. Dem Polen Sadik-Pascha (Czajkowski), der sich mit der russischen Regierung ausgeführt hat und in Folge dessen vom Kaiser vollständig amnestirt worden ist, ist die Stadt Kiew als Aufenthaltsort angewiesen worden. Derselbe war bekanntlich vom Katholizismus zum Islam übergetreten und beabsichtigt jetzt, den orthodoxen Glauben anzunehmen, um sich der russischen Regierung in Allem fügsam zu zeigen. Die Stadt Kiew ist deshalb zu seinem künftigen Aufenthaltsort bestimmt worden, weil die Ukraina seine Heimathsprovinz ist und die russische Regierung wünscht, daß er unter seinen dortigen Landsleuten für Rußland Propagande mache. — In den Gouvernements Podolien und Wolhynien, die zu den fruchtbarsten Gegenden Rußlands gehören, ist in Folge der vorjährigen Mißernte ein sich immer fühlbarer machender Nothstand eingetreten. Ein Glück für diese Gouvernements sind die sie durchschneidenden Eisenbahnen, auf denen Massen von Getreide aus den Gouvernements] Kursk und Orel schnell herbeigeführt worden. —

## Asien.

**Aus China.** Die chinesische Regierung hat am 1. Novbr. eine neue kaiserliche Flagge adoptirt. Die neue Flagge ist von dreieckiger Form aus dunkelgelbem Segeltuch gefertigt, mit einem blauen Drachen in der Mitte. Dieselbe soll von sämmtlichen chinesischen Kriegsschiffen und Dampfern, einschließlich jener, die in den Arsenalen von Foochow und Shanghai gebaut werden, und auch von den Zollkuttern geführt werden. Die Bedeutsamkeit dieses Schrittes liegt in einer Tendenz, die zerstreuten Elemente der kaiserl. Flotte, deren sämmtliche Bestandtheile bisher unter getheilter Autorität sich befanden und jeder kombinirten Aktion unfähig waren, zu zentralisiren. Augenscheinlich wird beabsichtigt, sämmtliche Kriegsschiffe der kaiserlichen Regierung zu subordiniren und die bisher durch die Provinzialbehörden ausgeübte Kontrole zu beseitigen. Gleichzeitig erfährt man, daß die jetzt an Bord von Dampfern angestellten ausländischen Offiziere allmälig, wo sich Gelegenheit dazu bietet, durch Eingeborene ersetzt werden sollen. Die Anstrengungen, die gemacht wurden, die furchtbaren Vertheidigungswerke des Taku-Forts mit Krupp'schen Geschützen zu armiren, und durch Torpedos an der Mündung des Peiho, wie an dem weiter nördlich gelegenen Punkt, der für die Ausschiffung der alliirten Streitkräfte Englands und Frankreichs in 1860 auserkoren wurde, zu komplettiren, können nicht übersehen werden. Die Adoption solcher Maßregeln kurz vor der Majoritätserklärung des jungen Kaisers ist betreffs der Bereitwilligkeit der jetzigen Regierung, in der Audienzfrage oder in irgend einer anderen Frage, in der Ausländer interessirt sind, nachzugeben, durchaus nicht beruhigend. En revanche sind die Japanesen mit dem Beistande eines ehemaligen britischen Konsuls eifrig damit beschäftigt, unter irgend einer Art ausländischen Inspektorats ihre gesammten maritimen Zollämter zu organisiren.

Das Datum, an welchem der Kaiser von China die Leitung der Angelegenheiten des Reiches in die Hand nehmen soll, ist, wie den „Times aus Shanghai gemeldet wird, nunmehr festgestellt. Die Regentschaft wird am Schlusse des jetzigen chinesischen Jahres, d. h. am 23. Febr., ihre Endschaft erreichen.

---

# Vom Landtage.

### 25. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

**Berlin,** 14. Januar. Eröffnung um 11 Uhr. Am Ministertisch Camphausen mit mehreren Kommissarien.

Das Haus hat wiederum eines seiner Mitglieder, den Abg. Bach, Vertreter des 8. Breslauer Wahlbezirks (Neurode, Glatz, Habelschwerdt), durch den Tod verloren und ehrt sein Andenken in der üblichen Weise. Sodann vollzieht es die Wahl eines Schriftführers an Stelle des verstorbenen Böhmer, deren Resultat später verkündigt werden wird.

Im Moment des Eintritts in die Tagesordnung erhält Präsident v. Forckenbeck folgendes Schreiben des Ministerpräsidenten Grafen v. Roon, das er sofort verliest: „Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich ganz ergebenst zu benachrichtigen, daß des Kaisers und Königs Majestät mittelst Allerhöchster Ordre vom gestrigen Tage dem Staatsminister, Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten v. Selchow, die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilt und den Oberpräsidenten der Provinz Posen, Grafen v. Königsmarck, zum Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten zu ernennen geruht haben. Berlin, den 14. Januar 1873."

Sodann setzt das Haus die zweite Berathung des Etats der Domänenverwaltung fort, die am Sonnabend bei der Abstimmung über den Antrag Holtz und Genossen wegen Beschlußunfähigkeit abgebrochen werden mußte. Heute muß über diesen Antrag, „die kgl. Staatsregierung aufzufordern, darauf Bedacht zu nehmen, daß die Domänen-Verwaltung dem Ressort des landwirthschaftlichen Ministeriums überwiesen werde," nach einer zweifelhaften Abstimmung durch Aufstehen und Sitzenbleiben wiederum namentlich abgestimmt werden, und wird dieselbe mit 163 gegen 145 Stimmen abgelehnt. (Ein Mitglied hat sich der Abstimmung enthalten.) Damit ist der Etat der Domänen-Verwaltung, dessen Positionen durchweg genehmigt sind, erledigt.

Inzwischen kann der Präsident das Resultat der Schriftführerwahl verkünden: mit 294 von 300 Stimmen ist der Abg. Mitthoff (Göttingen) gewählt.

Ueber den Etat der Verwaltung der direkten Steuern referirt Abg. v. Gottberg: Anläßlich der Grundsteuer erinnert Abg. v. Wedell-Behlingsdorff an die in der vorigen Session beschlossene Resolution des Hauses, in der die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen und Kreise verlangt wurde. Der Finanzminister hat in der Budgetkommission auf die Mahnung an diese Resolution geantwortet, daß die Staatsregierung dem Verlangen nach Erleichterung durch Ueberweisung von 3 Millionen Thalern zur Durchführung der Kreisordnung bereits genügt habe. Aber die Verhältnisse, die im vorigen Jahre die Resolution veranlaßten haben sich seitdem noch verschärft und die Landwirthschaft befindet sich in einer nicht mehr zu bestreitenden Krisis; sie ist nicht mehr im Stande mit Nutzen zu arbeiten, und die Grundsteuer absorbirt bereits einen Theil der Rente, auf die der Besitzer nicht verzichten kann, wenn er bestehen soll. Der Finanzminister erkennt diesen Nothstand nicht an, weil der Grundbesitz seine Steuern regelmäßig bezahlt; aber diese Thatsache beweist nichts, denn es muß weit kommen, bis der Grundbesitz die Steuern verweigert, und die Vorstellung, als bliebe der Grundbesitz immer bestehen, wenn auch der Grundbesitzer zu Grunde geht, ist eine absurde. Bei der Enquête über die Kreditnoth der Landwirthe hat Lasker alle ihre Klagen über Steuerbelastung im Gegensatz zum Verkehr mit mobilen Werthen bestätigt und dadurch in erfreulicher Weise bewiesen, daß die Erfahrung der Praktiker und die theoretische Erkenntniß zusammentreffen. Wenn, wie es der Fall ist, nicht nur die schmale Rente des Grundbesitzers, sondern auch seine Schulden zur Steuer herangezogen werden, dann begreift man, daß die Lust Grundbesitz zu erwerben und die Freude an diesem Besitz in der Abnahme begriffen ist und eine ganze Provinz (Pommern) sich vor Aller Augen entvölkert, denn vorher soll den Leuten die Neigung kommen, einen Besitz zu erwerben, auf dem eine so abnorme Steuerlast ruht? In jener Provinz hat der alte Spruch „besser kein Knecht, als ein schlechter Knecht" längst jede Geltung verloren, auch den schlechtesten sucht ein Nachbar dem andern zu entreißen. Es ist schwer diese Zustände plötzlich zu ändern, aber zur Sprache müssen sie gebracht werden, wenn der innere Frieden im Lande erhalten werden soll.

Abg. Graf Bethusy-Huc: Die Klage des Vorredners, daß die Schulden des Grundbesitzes mit besteuert werden müssen, ist absolut ungerecht. Wer ein Grundstück nur halb bezahlen kann, muß sich vorher mit den preußischen Steuergesetzen bekannt machen, und sich nicht verwundern, wenn er die gesetzlich vorgeschriebene Steuer zahlen muß (Widerspruch rechts). Ein Abwälzen dieser Steuer vom Grundbesitz ist um so weniger gerechtfertigt, als alle Aufwendungen des Staates für Ameliorationen, Wege-, Straßenbau u. s. w., in erster Linie und mehr als allen anderen Klassen dem Grundbesitzer zu Gute kommen. Ich fürchte, daß die immer erneuten, ungerechtfertigten Klagen des Großgrundbesitzes zu nichts weiter führen, als einen Klassenkampf zu inauguriren, bei dem er schließlich den Hauptschaden zu tragen haben wird. Wer wie ich — und ich zähle mich selbst in dieser Beziehung ganz zu den Konservativen (Widerspruch rechts) — zugleich das Bestehen der bäuerlichen und der Großgrundbesitzer wünscht, der kann der Kalamität des Grundbesitzes, so weit sie existirt, nur durch eine Aenderung unseres Erbrechtes abhelfen wollen, durch ein Zurückgehen auf altdeutsches Erbrecht. Ich wünsche in dieser Beziehung einen Gesetzesvorschlag, der erstens die Intestaterbfolge bei Grundstücken und Gebäuden anders als bisher regelt und zweitens bei Vererbung von Immobilien die Konservirung eines Grundstücks innerhalb der Familie ermöglicht, d. h. daß die Vererbung auf ein Mitglied der Familie nicht wie bisher unmöglich gemacht wird. Die gegenwärtige Gesetzgebung auf diesem Gebiet legt dem Testanten aus sittlich löblichen Gründen die Versuchung nahe, um der Familie das Gut zu erhalten, eine Schuldenlast zu übernehmen, die sehr oft den Ruin des Besitzes herbeiführt. Irre ich nicht, so hat der Herr Handelsminister einen derartigen Antrag im Herrenhause eingebracht, und man wird auf ihn bei Gelegenheit zurückkommen können. Die Grundsteuer aber als solche anzugreifen, ist entschieden gefährlich.

Abg. Richter (Hagen): Es ist ja richtig, daß die kleineren Landwirthe durch unsere Steuergesetzgebung in manchen Punkten benachtheiligt werden und insbesondere bisher unverhältnißmäßig gegenüber dem Arbeiter zur Klassensteuer herangezogen wurden, welchem Mißverhältniß das neue Klassensteuergesetz abhelfen soll. Was aber von den kleinen Landwirthen gilt, gilt in dem Maße noch nicht von den großen und am wenigsten von den Rittergutsbesitzern. (Rufe rechts: die giebt's ja nicht mehr!) Nun, ich habe bis jetzt noch nicht gehört, daß diejenigen, die man bisher Rittergutsbesitzer nannte, auch so auswandern, wie die kleinen Grundbesitzer (Heiterkeit). Der Großgrundbesitz hat sich bisher der eigentlichen Einkommensteuer in einer Weise entzogen, wie es anderen Klassen noch nicht gelungen ist. Widerspruch rechts.) Ja, meine Herren, das ist amtlich in der bekannten Denkschrift des Ministers von der Heydt vom Jahre 1869 festgestellt. Die Herren sprechen immer vom Druck der Grundsteuer, aber 1861 wurden doch den Rittergutsbesitzern für Uebernahme der Grundsteuer 10 Millionen in Staatspapieren übergeben und ich habe noch nicht gehört, daß die Herren gesonnen sind, für den Fall der Aufhebung der Grundsteuer diese 10 Millionen mit den Zinsen zurückzuzahlen. Der Finanzminister hat bei Berathung der Kreisordnung im Herrenhause richtig hervorgehoben, daß bei allen Aufwendungen für den öffentlichen Verkehr, für Straßenbau, Stromregulirung u. s. w. der Grundbesitz den erheblichsten Vortheil habe, daher die Ausgaben der öffentlichen Verbände im höheren Maße von den Grundgrundbesitzern getragen werden müßten. Die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr allein sind in den letzten 4 Jahren von 10 auf 18 Millionen gestiegen, während die Grundsteuer auf demselben Betrag von 13 Millionen stehen geblieben ist. Das Verhältniß hat sich also erheblich zum Vortheil der Großgrundbesitzer geändert. Ich stehe dem Gedanken nicht fern, die Grund- und Gebäudesteuer den Kommunalverbänden zu überweisen, aber nur unter der Voraussetzung, daß nun auch diese Aufwände für den Verkehr, für Chausseen u. s. w. auf die Kommunalverbände übergehen. Das uns vorliegende Provinzial-Dotationsgesetz erfüllt diesen Gedanken zwar noch nicht, schließt ihn aber auch nicht aus, und ich werde ihn auch ferner verfolgen. Wir auf dieser Seite des Hauses sind überall, wo die Landwirthschaft wirklich zu Beschwerden Ursache hat, ebenso geneigt, denselben abzuhelfen, wie den berechtigten Klagen aller anderen Klassen der Bevölkerung. Ich glaube aber, daß die landwirthschaftliche Interessenvertretung in diesem Hause, indem sie den Klassenkampf in unberechtigter Weise schürt, gerade den Interessen des Großgrundbesitzes den schwersten Schaden zufügt. (Zustimmung links.)

Finanzminister Camphausen: Es ist kein Gewinn, wenn bei den speziellen Etatsberathungen Gelegenheit genommen wird, plötzlich weitgreifende Fragen in Anregung zu bringen. Ich habe mich heute in der Erwartung hierher begeben, zu meinem Etat kaum ein Wort äußern zu brauchen. Man hat einige Kanzlistenstellen gestrichen, man hätte es besser unter lassen, indeß das damit über mich verhängte Unglück wäre nicht so groß. Um so weniger kann ich es billigen, wenn so weitgreifende Fragen von vornherein hier mit solcher Erbitterung behandelt werden. Die Stellung des Finanzministers zu dieser Frage ist sehr einfach. Er hat das Gesetz auszuführen, und wünscht man Aenderungen desselben, so hat er die dazu führenden Anträge abzuwarten. Was den Antrag betrifft, der im vorigen Jahre bei Gelegenheit der vorgelegten Steuerreform in Anregung kam, so wird er ja bei einer Debatte über dieselbe Frage Gegenstand der Erörterung sein. Heute wiederhole ich nur meine Ausführungen in der Kommissions-Sitzung, daß es nicht in der Absicht der Regierung liegt, die Grund- und Gebäudesteuer den Kommunalverbänden zu überweisen. Wäre dies der Fall, so müßte sie zuerst die Frage aufwerfen, wie die 18 Mill. gedeckt werden sollen. Sollten sie dadurch entbehrlich werden, daß Ausgaben, die der Staat bisher leistete, künftig von den Kommunen getragen würden, dann ließe sich darüber reden. Eine solche Lage ist aber doch heute wahrlich nicht gegeben, ich möchte Sie daher bitten, diese Frage der Steuerreform bei Gelegenheit des Etats für erledigt zu erachten.

Zu Tit. 1 der Ausgaben (Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin) beantragt die Budgekommission, 3350 Thlr. für Kanzlisten und eine Zulage für den Kanzlei-Inspektor nicht zu bewilligen. Referent v. Gottberg: Bisher ist die Arbeit von Lohnschreibern angefertigt worden; da nun inzwischen die Uebertragung der Erhebung der direkten Steuern von staatlichen auf städtische Organe beabsichtigt wird, so erscheint die Kreirung neuer Beamtenstellen nicht mehr als nothwendig.

Regierungskommissar Geh.-Rath Rhode: Die Regierung hatte die Absicht für die Erhebung der direkten Steuern sich nach und nach einige Beamten heranzubilden. Die Kommission beantragt nun die fünf neuen etatsmäßigen Beamtenstellen nicht zu bewilligen, weil inzwischen Verhandlungen geflogen seien, ob die Erhebung der direkten Steuern nicht vom Staat auf die Stadt übergehen könne. Diese Thatsache ist richtig, aber nicht die Voraussetzung, daß dann keine Kanzlistenstellen mehr zu besetzen seien. Die Regierung glaubt, daß es der Sachlage entspricht, diese Position zu bewilligen.

Bei der Abstimmung wird dem Antrage der Kommission gemäß diese Summe nicht bewilligt, dagegen die Position 6 (Remunerirung der Bureau- und Kanzlei-Hilfsarbeiter) um 2000 Thlr. erhöht, um damit die Kosten für die Lohnschreiber zu decken.

Abg. Spangenberg führt aus, daß die Steuerempfänger in der Provinz Hannover nicht genügend besoldet sind und daß sie an den Gehaltserhöhungen, die im vorigen Jahre beschlossen wurden, keinen Antheil haben. Zahlreiche Petitionen fordern deshalb dringend Abhülfe.

Regierungskommissar Geh.-Rath Rhode wiederholt seine in der Kommission abgegebene Erklärung. Die Erhebung der direkten Steuern in den Provinzen Westfalen, Schleswig, Nassau und Hannover ist den betreffenden Beamten gegen Bezug fixirter Hebeprozente übertragen worden. Einige dieser Steuerempfänger nehmen im Vergleich mit den entsprechenden Beamten der anderen Provinzen eine bevorzugte Stellung ein, bei anderen dagegen wäre eine Gehaltsaufbesserung wünschenswerth. Die Staatsregierung hat nun eine genaue Uebersicht der maßgebenden Verhältnisse zu gewinnen gesucht und die einzelnen Regierungen zu Berichten aufgefordert.

Hierauf wird der Rest des Etats der Verwaltung der direkten Steuern nach den Anträgen der Budgetkommission genehmigt.

Der Etat der Seehandlung wird dem Antrage der Kommission gemäß unverändert genehmigt. Ueber die Gründe, aus denen der Verkauf der Bromberger Mühlen nicht beabsichtigt wird, soll im nächsten Jahre eine Denkschrift vorgelegt werden.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Aufnahme einer Anleihe von 120,000,000 Thalern zur Erweiterung, Vervollständigung und bessern Ausrüstung des Staatseisenbahnnetzes. Es melden sich 12 Redner gegen, 8 für die Vorlage.

Abg. Stuschke begrüßt jedes große Eisenbahnprojekt der Regierung mit Freuden, da Preußen in der Lage ist, viel Geld produktiv anlegen zu können und indem es dem Publikum Gelegenheit zur Betheiligung bietet, es vor Schwindelgeschäften zu bewahren. Leider aber hat diese Vorlage in weiten Kreisen die herbste Enttäuschung hervorgerufen. Das reichhaltige Füllhorn ist leider über die westlichen Provinzen allein ausgeschüttet; der eisenbahnleere Osten geht wieder leer aus. Die Berlin-Wetzlarer Bahn ist viel besser durch Privathände zu erbauen; selbst das militärische Interesse ist kein Hinderniß, denn die Privatbahnen haben im letzten Kriege die Truppen viel besser befördert, als die Staatsbahnen. Auch die kleineren Bahnen, welche das Gesetz vorschlägt, sind unbegründet und zwecklos. Keine ist in dem Grade durch die Gemeinnützigkeit, die Produktivität und das militärische Interesse geboten, wie die Schlesische Gebirgsbahn es sein würde. Redner schildert nunmehr die Eventualitäten, unter welchen diese Bahn erbaut werden könnte, in so spezieller Weise, daß ihn der Präsident mit dem Bemerken unterbricht, er könne eine so detaillirte Besprechung einer im Gesetze gar nicht erwähnten Bahn nicht gestatten.

Abg. Glaser ist kein Freund des bisherigen, schwankenden Eisenbahnsystems. Der Handelsminister hat erklärt, er baue Eisenbahnen, wo und wie immer er könne; dennoch sind die Klagen sehr häufig, daß er Konzessionen verweigere. Das bisherige System ist Flick- und Stückwerk von Grund aus und die Vorlage deshalb mit Freude zu begrüßen, weil sie zum ersten Mal ein zusammenhängendes System von Staatsbahnen aufstellt und direkt den Osten mit dem Westen der Monarchie verbindet. Nur ein großer Vorwurf ist ihr zu machen, daß sie nämlich die östlichen Provinzen zu stiefmütterlich behandelt. Vielleicht läßt sich das in der Kommission, in welcher das Gesetz unbedingt berathen werden muß, noch gut machen.

Abg. Lasker: Sie werden von mir nicht erwarten, daß ich mich auf den Standpunkt der Vorredner der Regierung gegenüberstelle und ihr geradezu einen Handel anbiete: Wenn eine andere Bahn oder andere Bahnen gebaut werden würden, so würde ich der Vorlage zustimmen. Im Ganzen genommen bin ich der Meinung, daß das System, wie es im Großen und Ganzen in seinen leitenden Grundsätzen aufgestellt werde, ein durchaus richtiges ist, die Bahnen zum Theil durch den Staat, zum Theil durch Privatleute zu bauen, je nach der augenblicklichen Sachlage. Für die Zukunft nämlich habe ich den Gedanken, daß wir in der weiteren Entwickelung des Eisenbahnwesens uns dessen nicht werden entschlagen können, den Verkehr auf den Bahnen gerade so an den Staat zu bringen, wie jetzt den Postverkehr. Die großen Kommunikationsmittel dürfen nicht in den Händen einzelner Menschen sein, wir dürfen nicht zurückkehren zu den Schlagbäumen und Wegelagerern des Mittelalters. Es ist unmöglich, das wir dasjenige Mittel, welches für mich, außer der Bildung des Einzelnen, der Kernpunkt der Zivilisation ist, ich meine die Bewegung der Menschen von einem Orte zum andern, sei es durch Gesetz, sei es thatsächlich, dem Monopol einer einzelnen Gesellschaft zur Ausbeutung überlassen dürfen. In der That ist ja der Bahnbau ohne große Opfer des Staats und ohne Opfer der Einzelnen unmöglich; keine einzelne Gesellschaft könnte ohne Expropriation und andere Schutzmittel des Staates eine Bahn bauen. Daher hat das ursprungliche Eisenbahngesetz, wie zuweilen die guten Gedanken gerade zuerst in den Köpfen der Menschen Platz greifen, bestimmt, daß die Bahnen nach bestimmter Zeit an den Staat fallen sollen. Ich wünschte, wir wären bei dem Gedanten geblieben und hätten nicht aus Finanzgründen eine andere Politik verfolgt. Ich habe bedauert, daß ein Gedanke Herrn v. d. Heydt's nicht ausgeführt ist, eine Summe Geld zu sammeln, um nach und nach in Besitz der Bahnen zu kommen. Indeß eine Zeit lang habe ich es mir gefallen lassen, die Bahnen an Private übergeben zu sehen. Der Mensch steht innerhalb der Geschichte, und wenn ich weiß, daß ich meinen Enkeln dadurch einen guten Zustand bereite, lasse ich mir gern die Plackereien selbst der Anhalter Bahn gern gefallen. (Heiterkeit.) Nur muß es einmal ein Ende haben; die Richtung unserer Zeit geht dahin; die Straßen müssen dem Staat oder den Kommunen gehören. Und wenn ich von diesem Gesichtspunkt ausgehe, finde ich ganz natürlich, daß der Staat sagt: in der ersten Zeit baue ich allein, wo ich selbst bauen kann und wo es im Staatsinteresse liegt; wo das nicht der Fall ist, ist mir der willkommen, der die Straßen herstellt. Aber der Privatbau ist ein blos subsidiäres Hilfsmittel, das immer mehr eingeschränkt werden muß, wenn der Staat sein natürliches Recht der Wege wiederan sich nimmt, selbstverständlich unter Entschädigung der Privatleute. Sie werden daraus entnehmen können, daß ich der Vorlage völlig unbefangen gegenüber stehe. Im Gegensatz zu Hrn. Glaser stelle ich den Antrag, daß über diese Gesetzesvorlage in zweiter Lesung im Plenum verhandelt werde, weil bei einzelnen Eisenbahnlinien große technische Erörterungen nicht mehr stattfinden werden, sondern erhebliche Fragen größeren Gesichtskreises zu besprechen sein werden, wie z. B., ob zwei getrennte Linien durch ein Mittelstück zu verbinden seien, damit für das ganze Land eine Bahn in den Händen des Staates ist. Ebenso die zweite Frage, ob eine Bahn strategisch nothwendig sei, nicht aber im Verkehrsinteresse, und weiter, ob der Bau der strategischen Bahnen Preußen allein oder dem Reiche obliege. Solche Fragen kann das Plenum so gut entscheiden, wie die Kommission. Ueberzeugt sich dann das Haus bei einem einzelnen Punkte von der Nothwendigkeit einer technischen Untersuchung, so ist der Gesammtwille des Hauses der zu wählenden Kommission schon bekannt, das ganze Gesetz braucht nicht zu schlummern, bis die Kommission über Einzelheiten schlüssig geworden ist. Denn ich nehme an, daß Sie das Gesetz doch der bereits eingesetzten Kommission für die Eisenbahnkommissariate überweisen werden, möchte aber doch nicht durch die doppelte Verhandlung die Vorberathung hingezogen sehen, denn man darf das Land nicht glauben lassen, daß eine so wichtige Vorlage durch formale Verzögerungen hingehalten werde. Es ist auch nicht gut, wenn die Vorlage 4 Wochen in der Kommission bliebe und wir sie erst gegen Ende der Session beriethen. Darum nochmals, behalten Sie die Vorlage in Händen und geben der Kommission nur den Antheil arbeitsamer Menschen an den rein technischen Dingen. — Nun aber muß ich nochmals erklären, daß ich es dem Hause und dem Herrn Handelsminister schuldig bin, anzudeuten, daß im Lande nicht diejenige Befriedigung über die Eisenbahnverwaltung stattfindet, welche man nach den heiteren Verhandlungen hier annehmen sollte, und Sie wissen, ich habe, so lange ich im Parlamente bin, stillgeschwiegen zu den Eisenbahnvorlagen. Ich

gestehe auch, daß es unmöglich ist, in die Mysterien des Eisenbahnwesens einzudringen für den, der außerhalb derselben steht; ich selbst habe es viel versucht, und fast jeder antwortete, er sei auch unzufrieden, bat ich aber, die allgemeinen Interjektionen in Thatsachen aufzulösen, so erhielt ich entweder gar keine oder eine ausweichende Antwort. Die am besten eingeweiht sind, haben das größte Interesse daran, das Geheimniß unter sich zu behalten. Nun glaube ich aber doch einige Thatsachen hier mittheilen zu müssen, weil ich die Verantwortung des Ministers für dieselben nur auf diese Weise und an dieser Stelle herbeiführen kann. Mit seiner persönlichen Redlichkeit habe ich es dabei nicht zu thun, ebensowenig kann ich einen seiner Räthe herausgreifen, und auf ihn die Sachen schieben, sondern der Minister allein ist verantwortlich und er soll das, was mir mitgetheilt ist, widerlegen oder bestätigen. Ich will also in großen Grundzügen nur das Eine sagen: Es wird dem Handelsministerium vorgeworfen, daß es die Konzessionen nach Gunst und Ungunst vertheilt. Ich will damit noch nicht sagen, welches die Gründe dieser Gunst oder Ungunst sein mögen. Es sind mir nirgends diese Gründe angegeben worden, und ich habe, da ich kein Kriminalrichter bin, keinerlei Veranlassung, über die Motive der Menschen zu entscheiden. Aber, m. H., es wechselt diese Gunst und Ungunst; es wechseln auch die Systeme. Es ist mir glaubhaft versichert worden, daß diejenige Kalamität, die der Handelsminister als solche bezeichnet hat, von ihm selbst großgezogen ist, (Hört!) die Kalamität unter den Namen Strousberg, die Blüthe des Herrn Strousberg (Hört! hört!) und daß dieser Mann zu einer gewissen Macht hat in Preußen kommen können und leider auch zu einem Beispiele und soll durch den Handelsminister veranlaßt sein (Hört! hört! Unruhe). Als Strousberg noch ein kleiner Mann war und das Bedürfniß hatte, auf Haupt- und Nebenwegen seine Vortheile zu suchen, da hat er seine beste Stütze und Unterstützung im Handelsministerium bekommen (Hört!). Es ist bekannt, daß Herr Strousberg sich gerühmt hat, Wege genug offen zu haben, um zu seinen Wünschen zu kommen. Ich will das im Einzelnen nicht untersuchen, aber es ist mir von glaubwürdigen Zeugen mitgetheilt worden, von Zeugen, gegen deren Glaubwürdigkeit auch der Handelsminister nichts auszusetzen haben wird, daß er, der Herr Handelsminister persönlich, die Unternehmungen des Herrn Strousberg als ein sehr nachahmenswerthes Beispiel angepriesen hat (hört! hört!), daß er den Herrn Strousberg mit der ganzen Art seines Baues und seiner Handlungsweise wie einen in Preußen aufgehenden Stern — vielleicht nicht so dichterisch; aber der Thatsache nach — bezeichnet hat, daß er an den Herrn Strousberg die Konzessionen zu den besten Bahnen abgegeben hat, die nur deshalb minder einträglich gewesen und weil Herr Strousberg nach seiner ganzen Art und Weise zu bauen, Ueberkosten verursacht und dadurch an sich sehr rentable Bahnen zu unlohnenden gemacht hat. Ich brauche nicht an die Görlitzer Bahn zu erinnern, die an sich sehr fruchtbringend war. Kurz und gut, Strousberg hat die Gelegenheit wahrgenommen und Unternehmungen gehäuft und Jahre lang hat ihn das Handelsministerium unterstützt zu einer Zeit, wo die preußische Bank Herrn Strousberg für so wenig wohlthätig wirkend gehalten hat, daß sie vor einer Geschäftsverbindung mit ihm gewarnt hat (Hört! Unruhe), als sie ihn für so unsolide hielt, daß sie seine Wechsel von der Diskontirung zurückwies. Und so haben wir das Schauspiel erlebt, daß eine Abtheilung des Handelsministeriums Herrn Strousberg groß zog, und daß die andere Abtheilung desselben Ministeriums seine Sache für ein gefährliches Unternehmen erklärt hat, nämlich die unter der Aufsicht des Handelsministeriums stehende Preußische Bank. Später also hat dieses Ministerium eine andere Ansicht gewonnen. Hat das Günstlingswesen dann aufgehört? Nein, es ist nur auf andere Personen übertragen worden. Wiederholen muß ich hier wiederum, was ich glaubwürdig gehört habe und zwar wiederum nur eine vereinzelte Thatsache, wie sie sich mehrfach wiederholen kann, die aber ein schlimmes Schlaglicht auf das amtliche Leben wirft. Ein Rath im preußischen Ministerium, gegenwärtig berufen eine der bedeutendsten Stellen einzunehmen als erster Rath im preußischen Staatsministerium, ein solcher, der unmittelbar vor Sr. Majestät dem Könige Vortrag zu halten hat, der Geheime Rath Wagener, hat nicht weniger als drei Konzessionen zu Eisenbahnbauten bekommen (Hört! hört!), zuerst die Pommersche Zentralbahn, dann Belgard-Neustettin und dann Neustettin-Schneidemühl. Ich möchte in aller Welt wissen, was hat ein Rath im preußischen Ministerium mit Eisenbahnbauten zu thun? Man erzählt und ich habe die Sicherheit bekommen, daß der Geheime Rath Wagener für seine erste Konzession eine Geldabfindung bekommen haben soll von denjenigen, welche die Bahn wirklich gebaut haben. Ich weiß nicht, ob er auch für die andern in Zukunft Geld bekommen wird. Ich sage nur: Entweder bekommt er Geld dafür und dann treibt er Handelsgeschäfte mit Konzessionen unter der Aegide des Handelsministeriums, und es ist sehr wunderbar, daß ein sehr einflußreicher Rath aus einem Ministerium in das andere hineinspaziert und sich dort Konzessionen geben läßt, oder Herr Wagener betreibt kein Geldgeschäft, und wenn er kein Geld dafür bekommt, dann weiß er sich doch dadurch Protektionen zu verschaffen. Ist das eine Art und Weise, in der ein Ministerium, welches frei sein will von übler Nachrede, verfährt. Mir scheint es einfach, wennn ein solcher Herr um Konzessionen einkommt, daß ihm von vornherein gesagt wird, das sei nicht die schicklichste Art, in der preußische Staatsbeamte Geschäfte machen dürfen. Es würde zuletzt noch so weit kommen, daß sich ein Minister von dem andern Konzessionen geben läßt, (Heiterkeit) und da müßte doch wohl eine üble Nachrede herauskommen. Ich weiß es auch von anderen, es sind jetzt meistens hohe Edelleute, die aus Gunst die Konzessionen von den Ministerien bekommen; ich weiß nicht, ob sie die Konzessionen direkt oder indirekt bekommen, aber sie treiben Geschäfte damit, der Eine ist der Fürst Putbus (hört! hört!) und der andere Prinz Biron von Kurland. Nun, m. H., ist dies die Art und Weise in der man wiederum sich etwa schützt, wenn man eine so bedeutungsvolle Regierungsgewalt in Händen hat, daß man sich ein Paar hohe Edelleute ganz besonders heranzieht, nachdem man sich davon überzeugt hat, daß gar nicht die Herren diese Bahnen bauen, sondern Komite's. Ich kann mich aus diesen Irrgängen garnicht herausfinden, wie die Komite's gemacht werden, und wie Bankiers zugezogen werden, und da erhält der Eine 100,000 Thl., der Andere 50,000 Thlr. Ich kenne alle diese Zickzackzüge nicht, ich kann ihnen nicht nachfolgen, aber so viel weiß ich gewiß, daß mit den Konzessionen Handel getrieben wird. — Es ist ferner bekannt, und man könnte auf die Personen mit Fingern deuten, die im Handelsministerium aus- und eingehen und sich dort lebhafter Protektion erfreuen, und dagegen erhebt sich die schwere Klage, daß, wenn von Kommunen und von solchen, die wirklich glaubwürdige Interessen vertreten, von Provinzen u. s. w. Konzessionen nachgesucht werden, es dann ein Geschäftsgang ohne Ende ist (Sehr wahr!) Es ist mir die Mittheilung gemacht worden, daß dann die Regierung die Leute 6—8 Jahre hinzieht, ohne auch nur irgend eine definitive Entscheidung zu geben; bald ist das Interesse nicht gesichert; bald soll die Anlage nicht so rentirend ein. Ich habe hier mehrere Beispiele — der Herr Handelsminister wird sie gewiß kennen, Man sagt, der Herr Minister sei gegenwärtig in einem Stadium, besondere Gunst den großen Bahnen zu gewähren. Nun sollte man meinen, es würde wenigstens der Grundsatz ganz allgemein festgehalten, daß da, wo eine rentirende Bahn nicht in Aussicht sei, die Konzession nicht ertheilt würde; es wäre das wenigstens eine Art Finanzwirthschaft, daß nicht viele geringwerthige Papiere auf den Markt geworfen werden und deshalb sei es besser, derartige Konzessionen zurückzuweisen. Wenn man aber wirklich die Idee hat, es müssen alle Bahnen in Zukunft vom Staat übernommen werden, es sei gut, daß alle Bahnen gebaut würden, die nur gebaut werden können, so glaube ich, ist der Grundsatz richtig, daß man zu erwägen hat, ob auch die Aktien nicht zu wenig werth seien. Aber dieser Grundsatz wird nicht einmal festgehalten, indem einer Anzahl von Bahnen neue Konzessionen gegeben werden, obschon während des Baues bei einigen Prioritäts-Stammaktien haben aufgenommen werden müssen und die Stammaktien schon während des Baues haben zurücktreten müssen als wenig werth; wo bleibt da die Prüfung im Handelsministerium? Wenn es sich einmal das Recht der Prüfung beilegt, ob denn die Bahn rentirend sei oder nicht, so muß wenigstens Jemand dafür verantwortlich sein. Ich sage ja nicht, daß es Ungeschicklichkeit ist oder böser Wille, aber irgend emand muß doch verantwortlich sein, daß diese Prüfung gleichmäßig veranstaltet werde. Und ist es hierbei ein Wunder, wenn diejenigen, welche sich jahrelang herumquälen mit dem besten Willen weil sie Vertreter von Kommunen sind, die Konzessionen nicht erhalten können, andere aber sie mit Leichtigkeit erhalten, wenn Unzufriedenheit sich geltend macht und über das ganze Land verbreitet? Ich muß Ihnen sagen, daß im Handelsministerium in Beziehung auf das Konzessionswesen nicht mit der Vorsicht und Umsicht vorgegangen wird, welche durchaus nöthig ist, damit die Staatsverwaltung über jeden Verdacht erhaben ist. Wir haben vergangenes Jahr hier verhandelt über eine Bahn, für welche eine Subvention an eine große Bahn gegeben werden sollte — ich glaube es war die Magdeburg-Halberstädter — und es sollten für diese Bahn 500,000 Thlr. gegeben werden. Während der Verhandlungen im Herrenhaus wurde plötzlich glaubhaft nachgewiesen, daß eine andere Bahn bereit sei, ohne diese große Subvention, ich glaube mit 250,000 Thaler zu bauen. Der Herr Handelsminister hatte Anfangs, wie es schien, gar keine Kenntniß davon. Es hieß damals, es müsse diese Bahn in aller Schnelligkeit bewilligt werden, sie sei vom höchsten Interesse für den Bergbau im Harz; aber zu unserm Erstaunen hatte der Herr Minister im Herrenhause gegen den Aufschub der Sache nicht einmal Widerstand geleistet, und dieselbe früher konzessionirte Bahn hat nun den Bau ohne jede Subvention übernommen. Solch ein einzelner Fall verstärkt sicher nicht im Lande die Meinung von der Umsicht und Unparteilichkeit. Sehe ich nun von allen andern Klagen ab, deren es viele giebt, daß nicht genügende Aufsicht über den Betrieb geübt werde, daß besonders die Zustände bei der Anhaltischen Bahn die Aufmerksamkeit der Regierung hätten erregen müssen u. s. w., so muß ich dabei bleiben: indem ich es billige, daß der Staat auf jede Weise den Bahnbau fördert und als letztes Endziel fordern, daß der Staat einmal sämmtliche Bahnen besitze, scheint es mir die beste Politik nicht chikanös den Unternehmern gegenüber zu treten, sondern gleichmäßig solchen Unternehmern, welche nachweisen, daß sie reelle Absichten auf den Bau einer Eisenbahn haben, die Möglichkeit hiezu zu geben, denn die Eisenbahnen sind ja an sich etwas Gutes und die Frage, wie der einzelne Zeichner sich dabei stehen würde, ob es besser sei ihn auf nebelhafte Projekte, die anderweitig ohne Konzession des Staates vorgenommen werden, zu verweisen, scheint mir sehr zweifelhaft. Weit besser ist es, daß man sie zuläßt, vor allem aber — dies ist, was ich hauptsächlich und ganz vorzüglich in erster Linie dem Handelsministerium zum Vorwurf mache, eine so bedeutende Macht, wie sie in seine Hände gelegt ist, Konzessionen für Eisenbahnbauten zu ertheilen, dadurch den Wohlstand ganzer Gegenden entweder zu erschließen oder unerschlossen zu lassen, dadurch Einzelnen Vortheile zuzuwenden — dies muß anders gehandthabt werden, als es gegenwärtig geschieht, es darf nicht nach Gunst und Ungunst, nicht nach Systemwechsel verfahren werden, nicht ein auf unsolider Basis stehender einzelner Mann in die Höhe gezogen werden, damit er später bei Seite geworfen werde, nicht dann wieder die Vorliebe zu großen Bahnen in den Vordergrund gestellt werden, im Gegensatze zu den Bahnen, welche Kommunen oder einzelne Lokalinteressenten vornehmen wollen, es darf vor Allem nicht die Konzession an einzelne Personen ertheilt werden, von denen man sagt, entweder die Stellung ihres Amtes oder ihre sonstige, gesellschaftliche Stellung, Gunst oder Ungunst entscheide darüber. Dies schädigt nicht blos die wirthschaftlichen Interessen, sondern auch das Ansehen des Staates. Ein Fall, wie ihn eben erwähnt habe, gleichviel, welcher Gewinn dabei sitzen geblieben sein mag, daß ein Ministerium auf den Rath des andern Ministeriums Konzessionen ertheilt, scheint mir in einem Staate wie Preußen durchaus nicht zu dulden zu sein; hierin muß Wandel geschafft werden. Deshalb habe ich neulich schon die Frage angeregt und heute näher begründet. Ich hoffe, daß endlich, nachdem einmal mit Ernst die Verwaltung des Handelsministeriums in Angriff genommen worden ist, nun auch aus dem Lande die Beschwerden an uns gelangen, wie sie eigentlich sollen, damit wir befreit werden von der Meinung, es werde in einem so wichtigen Ministerium nicht im Interesse der Sache, nicht nach festen Prinzipien, sondern nach wechselnder Laune und nach Gunst oder Ungunst entschieden. (Lebhafter Beifall.)

Handelsminister Graf Itzenplitz: Auf den Vorwurf, ich hätte Herrn Strousberg und seine Unternehmungen besonders begünstigt, erwidere ich: die Bewilligung der ostpreußischen Südbahn geschah zu einer Zeit, wo Sie mir dieselbe doch nicht bewilligt hätten. Ich habe mich zur Bewilligung der Konzession herbeigelassen, als ich die Schäden noch nicht kannte, wie sie sich später herausstellten. So wie ich die Schäden kenne, verfolge ich sie auch. Ich wäre froh, wenn Sie mir das ganze Konzessionswesen abnähmen, und zwar lieber heute als morgen. Gerade die Herren, von deren Begünstigung durch mich Hr. Lasker redete, beklagen sich über mich. Er hat gewisse Namen genannt; aber nicht diese sind es allein, sondern es ist immer ein Komite, wo ein solcher Name drin ist (Rufe: aha! sehr richtig!) und ich verhandle nicht mit dem Namen, mit Herrn N. N. u. s. w., sondern mit dem Komite, und gerade die vom Vorredner genannten Herren haben sich wiederholt auf's Bitterste gegen mich beklagt. Einer hat mir sogar gesagt, er protestire; da habe ich ihm gesagt, er möge mir mal gefälligst das Gesetz nachweisen, was ihm dazu das Recht giebt. Ich bewege mich bei den Konzessionen immer zwischen zwei Punkten. Ein Komite tritt auf und sagt: wir wollen die Bahn bauen, und da muß ich zugeben, es wird dabei oft mit dem scheußlichsten Leichtsinn verfahren. (Hört! Hört! links.) Man nimmt die Karte, zieht mit dem Lineal ein Linie und sagt: das ist eine wundervolle Linie, die müssen wir bauen; gebt uns die Erlaubniß. Sie kriegen aber keineswegs immer die Erlaubniß (Unruhe und Lachen), sondern ich gebe sie nur, wo ich allenfalls hoffen kann, daß die Sache ordentlich zu Stande kommen wird. Ist dies nicht der Fall, dann muß ich mich dagegen erklären. Nun, meine Herren, ich rede so offen, wie Sie geredet haben (Rufe: nein!) Es ist ja klar, daß, wenn die Herren jetzt mit Bauten kommen, die nicht aus dem augenblicklichen Bedürfniß hervorgehen, wenigstens nicht aus einem dringenden, sondern nur weil sie nützlich sind, und uns nun eine Linie vorschlagen und so und so viele Millionen von uns verlangen, sie immer die Neigung haben, recht viel zu fordern, manchmal recht viel mehr, als sie brauchen. Die Bahn ist aber nützlich, das kann ich nicht leugnen, wollte ich den Bau nun hindern, dann schreit das Land, ich wäre kein Beförderer der Eisenbahnen, sondern ein Hinderniß dafür (Unruhe und Gelächter). Die Sache ist nützlich, also habe ich keine Ursache, sie zu hindern. Also frage ich mich, wie viel hat er gebraucht, wie viel wird er gebrauchen? der Unternehmer nämlich. Das schreibe ich ihm dann in runder Summe hin, nach bestem Wissen und Gewissen. Dann kommt die andere Seite wieder und sagt mir: Du bist ja ein abscheulicher Mensch (große Unruhe und Gelächter), warum schneidest du uns so viel ab? wie sollen wir damit fertig werden? Da sitze ich nun wieder da, die Unternehmer wollen gewinnen, und ich will nicht so viel bewilligen. Zwischen diesen beiden Punkten bewege ich mich. Wird nun aber gesagt, ich verfahre persönlich nach Gunst und Ungunst, so erwidere ich erstens, das habe ich zu verantworten (Rufe links: ja wohl!) und zweitens, das leugne ich rundweg ab. Denn gerade die Herren, die Sie mir genannt haben, klagen gegen mich (Unruhe, Ruf: schöne Begründung!) Mein Prinzip ist, keine Bahn zu hindern, wenn ich einigermaßen hoffen kann, daß sie zu Stande kommt, ob das Michel oder Hinz oder Kunz ist, das ist mir ganz gleich. Wenn nun Abg. Lasker sagt, es sei Unzufriedenheit im Lande, so erwiedere ich: ja, das ist die Unzufriedenheit von denen, denen ich Millionen gestrichen habe (Rufe links: o nein!), aber so viel kann ich versichern, daß ich eine Gunst dabei für Niemand habe, sondern wenn einer kommt und macht eine Bahn solide, so kann ich das nicht hindern. Es sind allerdings Beispiele vorgekommen, daß Leute gleich damit haben anfangen wollen, die Hälfte in Aktien und die Hälfte in Obligationen auszugeben, das habe ich aber abgewiesen. Also ich wünsche die Bahnen zu Stande zu bringen, wo es einigermaßen mit Solidität möglich ist, aber ich muß mir vorbehalten, mag nun dieser oder jener sie bauen, die gehörigen Mittel anzuwenden, um den Schwindel zu verhindern. Damit verlasse ich diesen Gegenstand. Was den ersten Theil der Rede des Herrn Lasker betrifft, so hatte ich das, was er empfohlen hat, für das Richtige, was ich auch gern befördere. Wir waren ja auch schon nah daran, wir hatten schon ein Gesetz, daß die Eisenbahnsteuer lediglich zum Ankauf von Aktien verwandt werden solle, ich würde gern auf diesen Weg zurückkommen. Der Vorredner sprach davon, ich hätte den Kommunen und Provinzen Schwierigkeiten gemacht. Mir ist wohl bewußt, daß ich den Unternehmern Schwierigkeiten bereitet habe, aber den Provinzen und Kommunen nicht. Es ist dann ferner geklagt worden, der Westen werde auf Kosten des Osten im Eisenbahnbau begünstigt. Das ist im höchsten Grade ungerecht. Betrachten Sie doch die Eisenbahnkarte von vor 10 Jahren; da waren im Osten ungeheure, jetzt ausgefüllte Lücken, ich erinnere nur an die Ostbahn, an die Thorn-Insterburger, die auf Staatskosten erbaut sind, die hinterpommersche, die mit Staatsgarantie gebaut wurde. Ich befördere gerade mit Vorliebe die östlichen Provinzen, weil ich überzeugt bin, daß diese in früheren Jahrzehnten vernachläßigt wurden; aber deshalb kann ich nicht große, im Westen nöthige Bahnen, wie sie im Osten zum Theil schon existiren, vernachläßigen, das wäre eine unstaatsmännische Regel, deren ich mich nicht schuldig machen möchte. Ich glaube, daß es gar nicht darauf ankommt, ob die Bahn im Osten und Westen liegt, sondern darauf, ob sie nothwendig oder nützlich ist. Würden Sie fragen: Bist du denn nun befriedigt? so würde ich sagen: Nein, ich bin es nicht. Alle Eisenbahnen sind mehr oder weniger eine Sache der Zeit, die nöthigsten kommen zuerst, dann die anderen. Wir haben noch lange nicht genug, und ich hoffe, wir werden noch recht viel dazu bekommen. — Ich will nun speziell auf die Vorlage kommen. Es ist gesagt worden, daß die große Bahn von Berlin bis an die westliche Grenze des Staates ihre Wichtigkeit hauptsächlich im militärischen Interesse habe. Das ist nicht richtig. Sie hat wohl eine große militärische Wichtigkeit, aber nicht vorzugsweise. Diese Bahn ist von der allergrößten Wichtigkeit, um die östlichen Staatsbahnen mit den westlichen zu verbinden, wodurch dann die Staatsregierung gewissermaßen einen Regulator in die Sache bringen kann. Wenn nun hier gesagt worden ist: Versprichst Du die Bahn nach Neurode und Glatz, dann stimme ich für Dich, — m. H., ich kann mir nicht helfen; ich bin nicht gegen diese Bahn, aber wann ich sie bauen werde, das kann ich heute nicht sagen. Daß ich wünschte, sie werde gebaut, das ist richtig. Die Sachlage aber, daß das der zweite Traktat der Gebirgsbahn wäre, das kann ich nach keiner Seite hin verantworten. Die Bahn hat auch nur für einen kleinen Landstrich Werth, nicht für den allgemeinen Verkehr. — Der Abg. Glaser sagte, ich hätte bei Kyritz die Konzession verweigert; das ist nicht richtig. Es wird noch darüber verhandelt, und übrigens ist das keine Kommune, sondern es sind Unternehmer. Wenn die Bedingungen so sind, daß ich sie verantworten kann, so werde ich sie genehmigen; wo nicht, nicht. (Große Heiterkeit.)

Abg. v. Rauchhaupt (für die Vorlage): Die Vorlage beschäftigt sich hauptsächlich mit dem Bau von Bahnstrecken, welche das Publikum von der Willkür der Privatgesellschaften befreien sollen, die bisher diese Linien ausschließlich ausgebeutet haben; daneben kommen noch einige Strecken in Betracht, wo der Staat durch den Bau einer neuen Linie sich selbst Konkurrenz macht. Ich werfe keinen Stein auf den Handelsminister, dessen Schuld die große Ausdehnung der Privatbahnen nicht ist. Leider hat 1842 ein Beschluß des ständischen Ausschusses das gemischte System eingeführt, dem wir so viele bittere Erfahrungen zu verdanken haben. Die Baukosten der Privatbahnen haben bisher 540 Millionen Thaler betragen, welche wiederum 29 Millionen für Zinsen und fünf Millionen für Reserve-Fonds und Meliorationen verschlungen haben, also ein Kapital, welches um sieben Millionen den Betrag des landesüblichen Zinsfußes übersteigt. Wenn diese Bahnen endlich an den Staat übergeben werden, so werden sie uns eine Mehrausgabe von 170 Millionen verursachen, und damit die entsprechende Minderung des Staatsvermögens, des Nationalwohlstandes herbeigeführt haben. Die Unerträglichkeit der Macht des in den Privat-Bahnen konzentrirten Kapitals muß in das Staats-Bahn-System hinübersteuern. England ist jetzt dahin gekommen, und auch in Frankreich seufzt man unter dem Druck der sechs großen Privatbahnen. Dagegen war Belgien so glücklich, ein vollendetes Staatsbahnnetz herzustellen. Die Prinzipienlosigkeit unseres bisherigen Verfahrens macht es allein verständlich, daß Bahnlinien in bedeutenden Städten Deutschlands ausmünden, die in gar keinem Zusammenhange stehen, daß der Konkurrenzbau auf gewissen Strecken in der unsinnigsten Weise betrieben wird. Jetzt soll der Bau der Linie Berlin-Wetzlar der Rivalität der Anhaltischen und Potsdam-Magdeburger Bahn ein Ende machen, welche sich so lange und mit Hülfe von Strohmännern um die Konzession bewarben. Spräche ich als Bewohner der Provinz Sachsen nicht pro domo, so würde ich beantragen, die Anhaltische Bahn zu expropriiren, oder sie öffentlich zu versteigern. Sie hat ihre Konzession schon lange verwirkt (Sehr wahr!). Sämmtliche Städte, die an ihr belegen sind, sämmtliche landwirthschaftliche Vereine haben in einer Petition diesen Wunsch ausgesprochen. Mit Recht hat der Kaiser von Oesterreich fast sämmtliche Beamte der Anhalter Bahn dekorirt, denn nach dem Unglücke von Tschopptau, wobei 60 pommersche Grenadire umkamen, konnte er Gott danken, daß er gesund in Berlin angekommen war. Zweifelhaft ist mir nur, wie sich die Anhalter mit der Potsdamer Bahn dabei auseinandergesetzt, auf deren Bahnhof doch der Kaiser ausgestiegen, ohne die elende Bretterbude der Anhalter zu Gesicht zu bekommen. Ich freue mich auch, daß mit dem Bau der Berlin-Wetzlaer Bahn ein Keil geschoben wird in daß Netz, welches die Potsdam-Magdeburger und Bergisch-Märkische Bahn mit dem Ankaufe der Braunschweig'schen Bahnen über den westlichen Theil der Monarchie gezogen haben. Die Linie Hanau-Friedberg akzeptire ich ebenfalls in der Erwartung, daß sie durch den Bau der Strecke Deutz-Gießen ergänzt werden wird, ohne den sie keinen Sinn hat.

Mit den Bau der Strecken Welwer-Dortmund und Godelheim-Northeim versucht die Staatsregierung einen verzweifelten Coup gegen die Bergisch-Märkische Bahn. Ich will auch diesen Versuch unterstützen. Anders liegt die Sache bei der Linie von Harburg nach Hannover. Hier ist die Regierung in der eigenthümlichen Lage, sich selber eine Konkurrenzbahn zu bauen, welche um 5 Meilen kürzer ist, als die bisherige Verbindungslinie. Sie ist hierzu gezwungen, sagt sie, durch das Andringen von Privatgesellschaften, denen sie sonst den Bau dieser Strecke abzuschlagen keine Veranlassung hatte.

Ich habe hier einige Bedenken. Vielleicht ließe sich hier Abhülfe schaffen, wenn man den Tarif der Personen- und Gepäckbeförderung statt für 22 Meilen für 17 Meilen feststellte, und um die Zeitersparniß der Passagiere gerecht zu werden, einen Schnellzug einrichtete. Man würde so die 12 Millionen sparen, die der Bau der Strecke kostet. Ich wünsche, wie der Abg. Lasker, die zweite Berathung hier im Plenum vorgenommen zu sehen; denn die Gesichtspunkte, welche in Betracht kommen, sind so verschiedenartige, daß sie in der Zusammensetzung einer Kommission doch nicht den richtigen Ausdruck finden werden. (Beifall.)

Abg. Reichensperger (Koblenz): Ich muß leider gestehen, daß jene Bilder, welche Herr Lasker als Hierophant im Konzessionswesen uns halb verschleiert vorgeführt hat, durch den Handelsminister nicht ganz entschleiert worden, obgleich er erklärte, diese Interpellation sei ihm sehr angenehm gewesen. Ich sehe nicht klarer als zuvor. Ich bin durchaus dagegen, dem Staate ausschließlich das Eisenbahnwesen zuzuweisen, denn ich will die staatliche Omnipotenz und Zentralisation nicht noch weiter als bisher ausdehnen. Um die strategischen Rücksichten, welche den Bau einiger, der projektirten Strecken motiviren sollen, genügend zu würdigen, bin ich nicht Stratege genug. Dies aber gerade veranlaßt mich, mich für eine eingehende Kommissionsberathung auszusprechen, in welcher solche Gesichtspunkte stets besser beurtheilt zu werden pflegen. Ich huldige dem gemischten System mit freier Konkurrenz, temperirt durch den Staat; sollte man nicht die Mißbräuche, welche hier gegeißelt worden, durch gesetzliche Maßregeln, durch Generalversammlungen der Aktionäre, welche nicht blos Komödien sind, durch Verantwortlichkeit der Verwaltungsräthe herbeiführen können? Soll der allein zum Bahnbau berechtigte Staat etwa Ortschaften belohnen und andere bestrafen, die schlecht gewählt haben? Soll die „Staatsfeindlichkeit" einer Gegend ein Grund werden, ihr die erforderlichen Verkehrsmittel zu entziehen? Ich sehe hier ganz von der kolossalen Vermehrung des uniformirten Beamtenheeres ab, welches mit dem Uebergange des gesammten Bahnwesens an den Staat eintreten muß. Ich betone nur, daß jetzt wieder 120 Millionen Thaler dem Grundbesitz entzogen und der großen Industrie zugewendet werden sollen. Die Strecke Berlin-Wetzlar ist eine reine Luxusbahn: ihr schwarzer Strich

(Fortsetzung in der Beilage.)

auf der Karte kann sich kaum zwischen den benachbarten Strichen durchwinden. Weit wichtiger ist die Bahn durch das Moselthal, wie ich zugebe, aber auch diese soll aus strategischen Rücksichten so angelegt werden, daß sie die wichtigsten Städte Berncastel und Trarbach nicht berührt. Sollte ich hierin nicht vollständig unterrichtet sein, so hoffe ich doch nur von einer Kommission genügende Aufklärung.

Um 4 Uhr wird die Debat'e nicht geschlossen, sondern vertagt.

Persönlich bemerkt Abg. Lasker gegen den Handelsminister, daß er nicht gesagt habe, Provinzen oder Kommunen seien Eisenbahn-Konzessionen verweigert worden, sondern Personen, welche sich im Interesse von Provinzen oder Kommunen um Konzessionen beworben hätten. — Der Handelsminister replizirt, daß alle Personen oder Komites, welche Konzessionen nachsuchen, vorgeben, nur im Interesse der Provinzen bauen zu wollen.

Der Präsident will die Fortsetzung der Eisenbahndebatte an d'e Spitze der nächsten Tagesordnung stellen, aber v. Mallinckrodt erinnert daran, daß der Mittwoch den Petitionen und Anträgen aus der Mitte des Hauses gewidmet ist und daß man daher die Eisenbahnvorlage entweder an den Schluß der nächsten oder an die Spitze der Tagesordnung für Donnerstag setzen müsse. (Im letzteren Falle müßten die kirchlichen Vorlagen um einen Tag zurückgestellt werden.) Gegen den Vorschlag des Präsidenten erhebt sich Einspruch, den Graf Bethusy-Huc damit abzufinden hofft, daß er zur Fortsetzung der Eisenbahndebatte eine Abendsitzung beantragt; sein Antrag wird jedoch, wenn auch nur mit einer schwachen Majorität, abgelehnt, und die Eisenbahnvorlage wird an den Schluß der Tagesordnung der nächsten Sitzung (Mittwoch 11 Uhr) gesetzt, nachdem Petitionen, der Antrag Wegner wegen Errichtung einer Universität in Posen u. s. w. erledigt sind. Schluß 4½ Uhr.

## Lokales und Provinzielles.

**Posen**, 15. Januar.

— Der „Staatsanz." veröffentlicht in seiner Nr. 12 die Konzessions-Urkunde, betreffend den Bau und den Betrieb einer Eisenbahn von Posen und Kreutzburg durch die Posen-Kreutzburger Eisenbahn-Gesellschaft. Vom 7 Oktober 1872, welche u. A. folgende Bestimmungen enthält:

Die Gesellschaft bildet sich unter der Firma: Posen-Kreutzburger Eisenbahn-Gesellschaft und nimmt ihr Domizil und den Sitz ihrer Verwaltung in Posen, oder unter Genehmigung des Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten an einem anderen an der Bahn gelegenen Orte. — Die Vollendung und Intriebnahme der Bahn muß längstens innerhalb drei Jahren nach dem Tage der Konzessionsertheilung folgen. — Die Bahnlinie in ihrer vollständigen Durchführung durch alle Zwischenpunkte wird von dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten festgestellt, auch unterliegen sämmtliche Bauprojekte und der Haupkostenanschlag der Genehmigung des letzteren. — Die Gesellschaft ist verpflichtet, diejenigen Anlagen auf ihre Kosten zur Ausführung zu bringen, welche der Kriegsminister aus Anlaß dieses Eisenbahnbaues im Interesse der Landesvertheidigung für erforderlich erachtet. Auch hat die Gesellschaft für die Einmündung in den Zentralbahnhof bei Posen einen von dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten näher zu bestimmenden Antheil an den von der Oberschlesischen und Märkisch-Posener Eisenbahn-Gesellschaft bereits gezahlten Kosten für fortifikatorische Anlagen bei Posen an die gedachten Gesellschaften zu zahlen. — Die dem Staate durch diese speziehe Aufsicht erwachsenden Kosten hat die Gesellschaft nach der Bestimmung des Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten zu erstatten. — Behufs Sicherstellung der rechtzeitigen und soliden plan- und anschlagsmäßigen Ausführung und Ausrüstung der Bahn, sowie aller übrigen bezüglich des Bahnbaues der Gesellschaft obliegenden Verbindlichkeiten, muß bei der General-Staatskasse zu Berlin ein Betrag von 5 Prozent des auf 12 Millionen Thaler festgesetzten Aktienkapitals in baar, oder in preußischen Staats- oder vom Staate garantirten Papieren, oder in inländischen Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen (unter Berechnung aller dieser Effekten nach dem Courswerthe) nebst den noch nicht fälligen Zinscoupons und den Talons hinterlegt oder in gerichtlicher oder notarieller Verpfändungs-Urkunde erklärt werden, daß diese Kaution der preußischen Staatsregierung zur beliebigen Verwendung unwiderruflich verfällt, wenn die Gesellschaft mit der Erfüllung der Verpflichtungen, welche durch die Kaution sicher gestellt werden sollen, in Verzug kommt. Die Rückgabe der Zinskoupons erfolgt an den Verfallterminen, kann jedoch vom Handels-Ministerium inhibirt werden, wenn nach dessen, lediglich maßgebenden Entscheidung die Gesellschaft sich einer Verzögerung des Baues schuldig macht. Die Rückgabe der Kaution selbst erfolgt, sobald die Gesellschaft ihren Verpflichtungen zur plan- und anschlagsmäßigen Ausführung und Ausrüstung der Bahn überall genügt hat. — Die Gesellschaft ist zum Bau und Betriebe eines zweiten Geleises, sowie zur nachträglichen Anlegung neuer Stationen und Haltestellen verpflichtet, wenn und soweit die Regierung solches im Verkehrs-Interesse oder für die Sicherheit des Betriebes für erforderlich erachtet. — Die Gesellschaft hat die Beförderung von Personen in 4 Wagenklassen zu bewerkstelligen und für den Transport von Kohlen und Koks und eventuell der übrigen im Artikel 45 der Verfassung des Deutschen Reichs bezeichneten Gegenstände der Einpfennig-Tarif einzuführen, soweit und sobald dies von dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten verlangt wird.

— Der Major und Festungs-Baudirektor Hr. Daun wird unsere Stadt in nächster Zeit verlassen, indem er als Major des Pionier-Bataillons in Straßburg mit der Leitung der dortigen Festungs-Bauarbeiten beauftragt worden ist.

— **In der polytechnischen Gesellschaft** wurden am Sonnabend zwei kleine Apparate zur Erzeugung von künstlichem Eise, wie man sie in hiesigen Handlungen erhält, vorgezeigt. Es wird dabei eine Mischung von zerkleinertem krystallisirtem Glaubersalz mit roher Salzsäure benutzt, welche durch den raschen Uebergang aus dem festen Zustande des Glaubersalzes in den flüssigen sehr viel Wärme bindet; diese wird der in mehreren Blechzylindern enthaltenen Fruchtsäften ꝛc. entnommen, die dadurch gefrieren. Verschiedene Versuche haben ergeben, daß von den zu dieser Kältemischungen anwendbaren Salzen (Glaubersalz, Salmiak, salpetersaures Ammoniak ꝛc.) das billigste, das Glaubersalz, verbunden mit roher Salzsäure, das beste Resultat ergiebt. Bei der Caré'schen Eismaschine, welche die am meisten verbreitete zur Erzeugung von Eis im Großen ist, wird die Kälte dadurch erzielt, daß innerhalb des auf einen sehr bedeutenden Druck geprüften Apparates Ammoniak durch äußerliche Hitze verflüchtigt, und mit Zuhilfnahme von Kühlwasser in flüssige Form gebracht wird. Alsdann wird die Wärmequelle entfernt, und nun verdunstet das flüssig gewordene Ammoniak wieder zurück, wobei sehr viel Wärme gebunden wird; diese wird dem umgebenden Kühlwasser entzogen, welches dadurch gefriert. In Wien, wo es in diesem Winter bis jetzt noch gar keine natürliches Eis gegeben hat, wird bereits sehr viel künstliches Eis erzeugt, wovon die Herstellungskosten pro Ctr. etwa ein Gulden 40 Kreuzer (d. h. etwa 25 Sgr.) betragen. In Betreff des natürlichen Eises lehrt die Erfahrung, daß das Dezembereis sich in den Eiskellern bedeutend besser hält, als das Eis aus den späteren Monaten, besonders Februar und März; ebenso hat jenes Eis eine bedeutend größere Tragfähigkeit, als das spätere Eis. Es mag dies wohl dem Umstande zuzuschreiben sein, daß das Eis aus späteren Monaten durch den während mehrerer Wintermonate andauernde Einfluß der Sonne oder auch des Thauwetters zum Theil schon bröcklich und porös geworden ist. Das Dezembereis ist auch spezifisch schwerer, als das Eis aus späteren Monaten. — Nach Mittheilung eines der Mitglieder erzeugt in einer kleinen Stadt Schlesiens, wo noch keine Gasanstalt existirt, ein Hotelbesitzer sich aus Steinkohlen selber Gas zur Beleuchtung seines Hotels, und trotzdem die Tonne Kohlen dort 1 Thlr. 20 Sgr. kostet, sollen 1000 Kubikfuß Gas nicht theurer als 1 Thlr zu stehen kommen. Die ganze Einrichtung kostet 1000 Thlr.; die Reinigung des Gases erfolgt mittelst gebrannten Kalkes. Doch wurde die Genauigkeit dieser Angaben bezweifelt, indem es nicht recht glaublich erschien, daß das selbst erzeugte Gas sich zu so billigem Preise herstellen lasse. Für Privatkonsumenten, welche keine Gasleitung in ihren Wohnungen haben, und doch gerne Gas brennen wollen, wird in neuerer Zeit häufig das Gas in geeigneten, auf großen Druck geprüften Gefäßen komprimirt. Derartig komprimirtes Gas kommt auch bereits auf einigen deutschen Eisenbahnen in Anwendung. — Da die Mäßigkeitsvereine, sowie die geistlichen Missionäre in unserer Provinz vielfach dahin gewirkt haben, daß die Leute aus dem niederen Volke das Schnapstrinken aufgegeben haben, so wird für diese vielfach ein sogenannter Wein fabrizirt, der in Wirklichkeit nichts Anderes, als ein verdünnter Schnaps ist. Untersuchungen solchen Getränkes, welches z. B. in Rawicz, Schmiegel ꝛc. erzeugt wird, hat ergeben, daß der angebliche Weißwein 16 Volumen-Prozente Alkohol enthielt, außerdem nebst dem erforderlichen Wasser, auch Zucker, Weinstein, Farbstoff; der Rothwein war mit Kirschsaft roth gefärbt und enthielt 15pCt. Alkohol, außerdem bedeutenden Zuckerzusatz. Das Quart von einem derartigen Weine kostet meistens 9 Sgr.

— **Im Handwerkerverein** hielt am Montage Hr. Dr. Pauly einen Vortrag über die Ernährung und die Nahrungsmittel. Nach Beendigung dieses Vortrages beantwortete derselbe noch einige Fragen in Bezug auf Mittel gegen Husten ꝛc. Herr Swierzy legte ein Stück sibirisches Gußeisen vor, welches zur Hälfte weiß und außerordentlich hart, zur Hälfte grau und weich war, und erörterte daran, auf welche Weise man die Beschaffenheit des Gußeisens beurtheilen könne. Der Vorsitzende Hr. Dr. Wasner beantwortete mehrere Fragen, u. A. auch die, wer der sog. „rothe Becker" sei. Das Tanzkränzchen findet Sonnabend, den 18. d. M., statt und sind für Mitglieder Billets bei Herrn Mechanikus Förster (Ritterstraße) zu lösen.

— **Das 6. Infanterie-Regiment** wird hier am 1. April d. J sein 100jähriges Stiftungsfest feiern.

— **Die Märkisch-Posener Eisenbahn** hat Aussicht, ein wichtiges Bindeglied zwischen den Bahnen der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft zu werden, indem seitens des Handelsministers der k. Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn bereits die Erlaubniß zur Ausführung der Vorarbeiten für den Bau einer direkten Eisenbahn von Breslau über Guben nach Berlin ertheilt, und mit der Ausführung dieser Vorarbeiten der Baumeister Rascher beauftragt worden ist. Es würde auf diese Weise die Märkisch-Posener Bahn das verbindende Glied zwischen der projektirten Bahn einerseits und der Breslau-Posen-Stargarder und Posen-Thorner Bahn andererseits bilden.

— **Das Eis** auf der Warthe setzte sich in der Nacht vom Montag zum Dienstage gegen 1 Uhr in Bewegung, so daß am Dienstage der Fluß von der Wallischeibrücke bis zum Städtchen hinauf bereits eisfrei war. Eine Stauung hat nicht stattgefunden, ebenso wenig eine Beschädigung der Brücke. Dagegen hat das Eis eine Anzahl von Kähnen und Triften von oberhalb her mit sich fortgerissen und eine Zille leicht beschädigt.

— **Verdeutschung.** Der Name des im Kreise Mogilno belegenen Oberförsterei-Etablissements Ryszewo ist in den deutschen Namen „Taubenwalde", derjenige des Forst-Etablissements Szczepankowo in „Stefanswalde" umgewandelt worden.

a **Birnbaum**, 10. Januar. [Einführung. Fischerei-Kuriosum. Ertrunkener. Schulangelegenheiten.] Am Montage wurden die neu resp. wieder gewählten Magistratsmitglieder und Stadtverordneten in ihr Amt eingeführt. In voriger Woche begaben sich einige Herren auf einen See, um auf dem Eise zu fischen, (Klötzchen zu stellen). Während der eine bemüht war, einen gefangenen Fisch herauszuziehen, ward ihm die Schnur aus der Hand gerissen. Nachdem er dieselbe wieder ergriffen, kam statt eines Fisches 2 derselben ans Tageslicht. Ein großer Hecht hatte sich den gefangenen kleineren nicht entgehen lassen wollen, sondern nach diesem geschnappt und sich so fest eingebissen, daß er mitgefangen wurde. — Am Sylvester ertrank im Gr. Lutomer See beim Schlittschuhfahren der 15 Jahre alte Sohn des Mühlenbesitzers Klenke. — Die zweite Lehrerstelle an der hiesigen jüdischen Schule ist immer noch nicht besetzt; ja es haben, so viel bekannt, sich in neuester Zeit nicht einmal mehr Bewerber um die Stelle gefunden Ein christlicher Lehrer unterrichtet die betreffenden Schulkinder neben seinem Amte. Dazu kommt, daß auch der erste Lehrer seine Pensionirung zum 1. Agril cr. beantragt hat, und es dürfte leicht der Fall eintreten, daß die jüdische Schule dann keinen eigenen Lehrer hat. Die schon mehrmals angebahnte Vereinigung der jüdischen mit der christlichen Schule ist bis jetzt wegen verschiedener Meinungen und entgegengesetzter Interessen gescheitert.

≌ **Bomst**, 8. Januar. [Kriegsdenkmünze. Kommunales.] Die Kriegsdenkmünze für Nichtkombattanten ist an Frau Dr. v. Zagrodzka, Fräulein M. v. Zagrodzka, Herrn Dr. v. Zagrodzki und Herrn Lehrer Trautmann verliehen worden. — Als Nachfolger des pen onirten Kämmerers Ulmitz wurde am 6. d. der bisherige Rathmann, Agent und Taxator Leutke und in Folge der von den Stadtverordneten getroffenen Wahl der Kaufmann Grundmann als Beigeordneter, der Rentier Weymann als Rathmann, sowie der von der 1. Abtheilung gewählte Bäckermeister Zipter als Stadtverordneter in das neue Amt eingeführt und verpflichtet.

△ **Grätz**, 11. Januar. [Kommunal-Verwaltung. Militär-Angelegenheit. Toller Hund. Straßenraub. Arbeiterzüge.] In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung erfolgte die Einführung des neugewählten Mitgliedes Brauereibesitzer E. Habek. Die bisherigen Stadtverordneten Rechtsanwalt Klemme, Kaufleute Greiffenberg und Lewy sind wiedergewählt und verbleiben weiter in ihren Aemtern. — Seitens der hiesigen städtischen Verwaltung wird bereits mit den Vorarbeiten zum Kreis-Ersatz-Geschäfte für das laufende Jahr vorgegangen. — In dem ¼ Meile von hier entfernten Dorfe Grablewo hat sich ein toller Hund gezeigt, der Hunde gebissen, die ebenfalls toll geworden. Es ist deshalb die 6wöchentliche Anlegung der Hunde an die Kette in einem halbmeiligen Umkreise auch sofort angeordnet worden. — Auf der Landstraße von Opalenice nach Grätz beging der Knecht Rosal zuletzt in Otusz in Diensten, am 8. d. M. einen Straßenraub. Er hielt nämlich 3 von Grätz aus dem Konfirmanden-Unterricht nach Hause gehende Mädchen, jede vielleicht 14 Jahre alt in der Gegend eines Waldes an; suchte ihre Kleider durch, und raubte einem dieser Mädchen (bei zweien fand er nichts) den Gesammtbetrag seines Taschengeldes von 10 Sgr. Damit hier angekommen, plagte ihm das Gewissen und stellte sich der Polizeibehörde, und wurde auf Anordnung der Staatsanwaltschaft dem Kreisgerichts-Gefängniß eingeliefert. — Sowohl aus der hiesigen Stadt. als der Umgegend, gehen täglich männliche Personen, dem Gesinde, Arbeiter- und Handwerkerstande angehörend, nach Berlin und Umgegend auf Beschäftigung, da ihnen dort ein Tagelohn von 25 Sgr. bis 1 Thlr. 15 Sgr. und noch darüber in Aussicht steht. — Einzelne dahin gegangene Personen haben allerdings ansehnliche Summen ihren hier zurückgelassenen Familien schon zugesandt, resp. bei ihrer Heimkehr zu dem Weihnachtsfeste mitgebracht. Wenn dies so fortgeht, so dürfte zum Frühjahr ein großer Mangel an Arbeitern in hiesiger Gegend eintreten, namentlich für den Landmann.

♀ **Krotoschin**, 10. Januar. [Unvernunft. Glaubenseifer.] In unserem Nachbardorfe Osusch bekam vor mehreren Wochen ein Landwirth ein Geschwür an der linken Hand. Anfangs beachtete er das Uebel nicht, bald aber schwoll die kranke Hand so stark an, daß vollständige Arbeitsunfähigkeit eintrat. Der Gebrauch geweihter Kräuter und Kreide erwies sich als erfolglos, und das Uebel vergrößerte sich derartig, daß sich ein Geschwür an das andere anreihte und Stücke Fleisch sich von den Knochen loslösten. Nun erst wurde auswärtige Hilfe in Anspruch genommen, aber welche! Auf die Frage, ob er einen wissenschaftlichen Arzt habe, antwortete der Kranke ganz unbefangen: „nein, aber ich habe einen sehr klugen Doktor, es ist der Todtengräber B. aus K." — Alle Vorstellungen, den Mann von seiner Unvernunft zu überzeugen, waren vergeblich; er entgegnete einfach, daß er noch einen weit klügeren Mann kenne, der gescheiter sei wie alle Doktoren, den er aber leider wegen der weiten Entfernung nicht zuziehen könne. Hätte man dem Manne gerathen, eine gestohlene Kuhhaut als Heilmittel zu benutzen, er hätte sie sich trotz seiner notorischen Redlichkeit verschafft; ihn von der Nothwendigkeit eines tüchtigen Arztes in Krankheitsfällen zu überzeugen, war unmöglich. Steht aber dieses unerschütterliche Zutrauen zu der Heilkunst der Quacksalber nicht im engen Zusammenhange mit dem Glauben an die Heilkraft und Wunderwirkung der an bestimmten Festtagen geweihten Kräuter und anderer Gegenstände? Behauptet man doch, daß eine geweihte Kerze, einem Sterbenden in die Hand gedrückt, das Sterben erleichtere und beschleunige; und dies veranlaßte neulich eine glaubenstreue Samariterin, einem achtjährigen Kinde eine geweihte Kerze in die bereits vom Todeskrampf zusammengezogene Hand zu pressen, und dies trotz des Protestes des Vaters, der während der Krankheit seines Kindes sowohl für ärztliche Hilfe als auch für die nöthige Pflege gesorgt, an geweihte Kerzen aber nicht gedacht hatte. Daß derselbe die letzte Oelung dem Kinde nicht hatte verabfolgen lassen, wurde als eine Pflichtvergessenheit angesehen, die öffentlich gerügt werden mußte; denn am Grabe machte der amtirende Geistliche die Anwesenden damit bekannt, daß das Kind ohne letzte Oelung gestorben sei, und daher wohl unserer Fürbitte um so mehr bedürfen werde. — Ob die Unterlassung der vermeintlichen Pflicht das Gewissen des leidtragenden Vaters beunruhigt, wissen wir nicht; daß er sich aber ähnliche Rügen für die Zukunft verbitten wird, daran läßt seine kundgegebene Entrüstung nicht zweifeln.

?— **Neutomischel**, 12. Januar. [Hopfen] wird noch immer sehr begehrt. Für Primawaare, ein gegenwärtig nur höchst selten vorkommendes Produkt, bezahlte man 65—70, für Waare mittlerer Qualität 52—56 und für Hopfen geringer Güte 40—46 Thlr. pro Zentner. Sehr gern kauft man auch 1851er Waare und bewilligt für den Zentner 20—26 Thlr. Waare aus den Jahren 1868—70 wurde pro Zentner mit 6—12 Thlr. bezahlt.

**Bromberg**, 11. Januar, [Kreisverordnung. In Stelle ausgeschiedener Kreisverordneten sind im Kreise Bromberg die Herren Rittergutsbesitzer Franke-Ober-Gondecz und Beck-Kromp ewo; im Kreise Czarnikau: Herr Bürgermeister Friske-Czarnikau: im Kreise Schubin die Herren Rittergutsbesitzer Büttner-Jablowko und General-Bevollmächtigter Ruszczynski-Labischin; im Kreise Wirsitz die Herren Rittergutsbesitzer v. Szczawinski-Janowiec, v. Buchowski-Pomarzanki und Landschaftsrath Majewski-Zbietka von den Kreisständen gewählt und von der k. General-Kommission für die Provinz Posen bestätigt worden.

□ **Inowraclaw**, 12. Januar. [Johanniter-Krankenhaus in Pakość. Industrie-Unterricht. Lehrerwittwenpensionen. Arzt.] Nach einem vom Direktorium des Johanniter-Krankenhauses in Pakość veröffentlichten Jahresbericht waren im Jahre 1872 im Krankenhause in Behandlung 86 Kranke. Von diesen sind geheilt entlassen 64, ungeheilt 11, gestorben 4, so daß am 1. Januar cr. 7 Kranke im Bestand blieben. — In Verfolg eines Reskripts des Herrn Unterrichtsministers, nach welchem fernerhin in den Etat jeder Elementarschule ein Gehalt für eine Industrielehrerin, und zwar in der Regel mit dem Minimalsatz von 12 Thlrn. jährlich ausgeworfen werden soll, hat das hiesige Landrathsamt die Schulvorstände aller derjenigen Schulen, bei welchen zur Zeit kein Industrie-Unterricht ertheilt wird, beauftragt, sofort gründliche Recherchen nach einer geeigneten Lehrerin anzustellen. Nach der Festsetzung des Herrn Unterrichtsministers beziffern sich die Lehrer-Wittwen-Pensionen vom 1. Januar 1872 bis einschließlich 1877 auf jährlich 53 Thlr. 20 Sgr. Es haben hiernach 18 Lehrerwittwen unseres Kreises noch zusammen die Summe von 62 Thlr. 10 Sgr. pro 1872 nachgezahlt erhalten. — In Strzelno hat sich der Dr. J. Cieslewicz als Arzt niedergelassen.

## Aus dem Gerichtssaal.

⚖ **Posen**, 14. Januar. (Schwurgericht.) Den Reigen eröffnete in der gestrigen Sitzung ein sonderbares Liebespärchen, Sie, ungefähr 20 Jahr alt, als Angeklagte, Er, ein starker Fünfziger, als Belastungszeuge. Letzterer, der von seiner Ehefrau geschiedene Nachtwächter August Wittig aus Puszczykowo, hatte früher mit der Angeklagten und dem Vater derselben in einer Erdhütte im Nihaer Walde zusammen gewohnt. Durch das enge Zusammenwohnen hatte sich zwischen dem Witttig und der Angeklagten ein vertrauterer Verkehr gebildet, welcher fortgesetzt wurde, als Wittig als Nachtwächter nach Puszczykowo berufen wurde. Hier erhielt er häufig Besuche von der Angeklagten, welche er stets mit Darreichung von Lebensmitteln lohnte. Auch am 29. August v. J. hatte sich die Angeklagte um 9 Uhr Abends zu Wittig begeben und mit ihm ein Stündchen das Glück des traulichen Zusammenseins genossen. Als um 10 Uhr Wittig seine Stube verließ, um seinen Pflichten als Nachtwächter zu genügen, blieb die Angeklagte daselbst zurück, natürlich mit seiner Bewilligung. Als Wittig um 3 Uhr Morgens in seine Behausung zurückkehrte, fand er die Angeklagte noch; es schien aber nicht alles ganz in Ordnung zu sein, er suchte nach seinen verborgenen Schätzen, Brot, Fett, Eier und einem Hemd und siehe da, er sah sie nicht. Die Angeklagte hatte sich während dessen entfernt. Wittig, der mit richtigem Instinkt sofort auf dieselbe Verdacht geworfen hatte, begab sich in ihre Hütte und fand hier die entwendeten Vorräthe, das Hemd bereits auf dem Leibe der Angeklagten. Grimm im Herzen, denunzirte er die Treulose. Dieselbe räumte heut die That ein und will durch Noth dazu getrieben worden sein. Sie wird unter Annahme mildernder Umstände zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt, welche Strafe aber durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt angesehen wurde. — Hierauf wurde der Tagelöhner Johann Strojwas vorgeführt. Derselbe, ein kräftiger Mann von 30 Jahren, scheint nicht viel vom Arbeiten zu halten und hat diese Abneigung ihn bereits einige Mal ins Gefängniß und zuletzt ins Zuchthaus geführt, aus welchem er erst am 1. September vorigen Jahres entlassen worden ist. Nur kurze Zeit blühte ihm das Glück der Freiheit. Am 1. Oktober hatte sich der Angeklagte nach Sanniki begeben, wo er früher als Schäferknecht gedient und wo er die Räumlichkeiten genau kannte. Er gelangte unbemerkt in den Schafstall, öffnete hier ein Behältniß, in welchem sein Nachfolger Bednarch seine Habseligkeit verwahrt hielt, bemerkte zu seiner Freude einen großen Ueberfluß an Kleidungsstücken, und da sein Anzug wohl schon etwas reduzirt ausgesehen haben mag, suchte er sich eine vollständige Equipirung zusammen, steckte auch noch etwas Geld zu sich und verließ mit seinem Fund den Stall. Doch er hatte nicht einmal das Vergnügen, sich in den schönen neuen Sachen spazieren zu führen, denn er wurde, als er den Hof verlassen wollte, festgenommen und in sicheres Gewahrsam gebracht. Der That geständig, wurde er, nachdem die Geschworenen das Schuldig ausgesprochen und die Frage nach mildernden Umständen verneint hatten, zu 2 Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 2 Jahre verurtheilt.

## Telegraphie.

Das automatische System der „Automatic Telegraph Company", welches bestimmt scheint, eine förmliche Revolution auf dem Gebiete der Telegraphie zu erzeugen, ist erst seit kurzer Zeit in Wirksamkeit und kann nicht verfehlen, auch in den weitesten Kreisen die Aufmerksamkeit sowohl der wissenschaftlichen als kaufmännischen Welt zu erregen. Ueber diese neue Erfindung, so weit dies mit den Patentrechten der Besitzer vereinbar ist, berichtet die „Newyorker H.-Z." Folgendes: „Die Leistungsfähigkeit der bisher bekannten automatischen Telegraphen-Systeme war bis zu einer gewissen Grenze eine beschränkte, und war die höchste erzielte Schnelligkeit, je nach der Fähigkeit der Telegraphisten, eine verschiedene. Das Abtelegraphiren einer Depesche konnte nach der Fähigkeit des an der Maschine Sitzenden in kürzerer oder längerer Zeitdauer geschehen und die glänzendste Leistung eines Telegraphisten bestand in der Absendung von 20 40 Worten in der Minute, welche durchschnittlich fünf Buchstaben enthielten. Natürlich ist dies nur in Ausnahmefällen möglich gewesen, da selten Jemand gefunden wird, der in der Minute 100—200 Hebungen des Metall-

knopfes am Zeichengeber machen konnte. Anders bei dem neuen von der Automatic Company eingeführten System. Die Kapazität ist eine wahrhaft unbeschränkte und wir haben das Abtelegraphiren einer Depesche von 40 Worten mit der Uhr in der Hand kontrolirt und gesehen, daß es kaum 1½ Sekunde hierzu bedurfte. Die fast unglaubliche Schnelligklit wird durch eine Kombination von verschiedenen Erfindungen auf dem Gebiete der Mechanik ermöglicht, die vereint ein solches glänzendes Resultat ergeben. Der Vorgang ist folgender: Die abzusendende Depesche wird einer Person übergeben, die an einem eisernen, mit einer dreifachen Klaviatur versehenen Kasten sitzt, und mit Rubinstein'scher Schnelligkeit die Worte abspielt; die oberste Klaviatur enthält 10 Klappen für Ziffern und Zeichen und die unteren beiden Klaviaturen Buchstaben. Kaum mit dem Abspielen fertig, zieht derselbe einen langen schmalen Streifen Papier aus dem Kasten, der verschiedene kleine und größere Löcher enthält, den er den an dem Telegraphen-Apparat sitzenden Telegraphisten übergiebt. Dieser läßt nun den Papierstreifen mit rapidester Schnelligkeit durch seinen Apparat hindurchlaufen und die Depesche ist abgesandt. Der Papierstreifen hebt beim Durchlaufen am Apparat eine zarte Feder, die in dem Momente, wo eins der Löcher es ermöglicht, die elektrische Strömung herstellt, die sofort, sobald Papier dazwischen kommt, wieder unterbrochen wird. Die Schließung und Oeffnung des elektrischen Stromes geschieht, wie schon bemerkt, mit ungeheurer Schnelligkeit und da die Compagnie Klaviaturkästen wie den früher erwähnten, in großer Anzahl aufstellen kann, so können auf denselben ununterbrochen Depeschen vorbereitet werden, die jede einzeln ein bis zwei Sekunden Zeit zur Absendung bedürfen. Die Company kann daher auf einem Draht oder einer Leitung gerade so viele Depeschen absenden als andere Compagnien mit besonders geschickten Telegraphisten auf 10 Drähten. Das Abnehmen der eintreffenden Depesche findet ähnlich dem Vorgange am Morse'schen Druck-Telegraphen statt, nur mit dem Unterschiede, daß der Papierstreifen, auf welchem die Feder die Zeichen macht, chemisch präparirt ist und bei leisester Berührung mit der Feder, je nach der Zeitdauer, einen rothen Punkt oder Strich zeigt. Dieses neue System, eine sinnreiche Verbindung mehrerer schon früher bekannten Systeme, ist von der Automatic Telegraph Co. durch Ankauf verschiedener Patentrechte eingerichtet worden."

## Vermischtes.

* **Aus Berlin.** Ein Geschenk für den Kaiser von Rußland, bestehend aus einem eigenen Jagdtrain von 5 Eisenbahnwaggons, ist jetzt in der hiesigen Fabrik für Eisenbahnbedarf vollendet worden. Ein Waggon enthält die Privatgemächer für den Kaiser, ein zweiter ist als Gesellschaftssalon, der dritte für das Gefolge hergestellt, der vierte mit Schlafgemächern versehen und der fünfte als Küche eingerichtet. Sämmtliche Waggons sind auf das Eleganteste ausgestattet und durch Benutzung aller in der Wagenbaukunst gemachten Erfindungen auf das Komfortabelste eingerichtet. Die Herstellungskosten für diesen Train sollen sich auf beinahe 500,000 Thlr. belaufen, die von dem russichen Adel getragen werden.

Seit Kurzem halten sich hier einige persische Offiziere auf, um von den preußischen Militäreinrichtungen Kenntniß zu nehmen und militärische Studien zu machen. Es dürfte interessant sein zu erfahren, daß einer dieser Bekenner Mohameds dem Freimaurer-Orden angehört. Derselbe hat, nachdem die „Ger. Ztg.", bei einer hiesigen Loge Zutritt gesucht und gefunden, nachdem er sich auf Grund gehöriger Prüfung als richtiges Mitglied des Freimaurerordens legitimirt hatte. Den Mittheilungen dieses Persers ist die interessante Thatsache zu entnehmen, daß, so wie das Freimaurerthum in Deutschland dessen Kaiser und Kronprinzen zu seinen Brüdern zählt, auch fast alle männlichen Mitglieder des persischen Hofes jenem Orden angehören.

Die Bewohner des Stadttheils vor dem Hallischen Thore wurden Sonnabend früh durch das Auffinden eines Leichnams auf dem von der Baruther-, Nostiz- und Bergmannstraße begrenzten Felde in große Aufregung versetzt. Die Leiche zeigte eine klaffende Schädel-, sowie am Halse mehrere Stich- resp. Schnittwunden. Verschiedene Blutlachen wie Blutspuren führten zu einem in der Yorkstraße befindlichen Kellerlokale, dessen Wirth in Haft genommen wurde. Die Leiche wurde alsbald als die eines in der Nostizstraße wohnenden Zimmergesellen erkannt, dem von ihm Befreundeten das Zeugniß eines friedlichen, ruheliebenden Menschen ausgestellt wird. Der Umstand, daß dem Todten die vorgestern noch getragenen Stulpenstiefel, sowie auch sein Ring fehlen, lassen es zweifelhaft erscheinen, ob es sich hier um einen einfachen Todtschlag handelt. Man nimmt allgemein an, daß der Aufgefundene nach vollführter Mißhandlung, resp. Morde von jenem Keller über die Bellalliancestraße fort durch deren Verlängerung, die Gneisenaustraße auf das Feld geschleppt sei.

Vor einigen Tagen brachten fast sämmtliche Zeitungen die Notiz, daß der gewöhnlich vor dem Herrenhause postirt gewesene Dienstmann und früherer Lehrer Rendschmidt in der Charité gestorben sein sollte. R. lebt aber. Er befindet sich im städtischen Barackenlazareth in Moabit, wohin er am 15. Oktober aus der Charité evacuirt worden. — Auf Wunsch des Lehrers Rendschmidt berichtigt die „Volks-Ztg." auch die von einigen Blättern gemachte Bemerkung, nach welcher derselbe wegen Theilnahme an den Vorgängen des Jahres 1848 seine Stelle als Lehrer verloren habe. Dies ist keineswegs der Fall gewesen, vielmehr hat er seine Stelle freiwillig und zwar schon vor dem Jahre 1848 aufgegeben.

* **Berlin.** Hiesige Blätter berichten von einer Affaire eines hohen Polizeibeamten, die eine große Aehnlichkeit mit dem Konflikt hat, welcher den Hrn. Hinckeldey schließlich das Leben kostete. Die Anordnung der Polizeistunde erstreckt sich nicht allein auf die niederen, sondern auch auf die respektablen Restaurationen. In Folge dessen versuchten Polizeibeamte in einem der feinsten Weinlokale der Residenz, nahe den Linden gelegen, Feierabend zu gebieten, hatten aber keinen Erfolg. Am folgenden Abend soll nun der bezeichnete hohe Beamte persönlich erschienen, dabei aber mit einem höheren Militär in einen unangenehmen Konflikt gerathen sein, von dem der Kaiser selbst benachrichtigt sei.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wasner in Posen.



**Newyork**, den 11. Januar 1873.
(Per transatlantischen Telegraph.)
Das Post-Dampfschiff des Baltischen Lloyd
„**Franklin**", Kapt. **E. Dehnicke**,
ging heute mit Passagieren und voller Ladung von hier nach Havre in See.

**Newyork**, den 12. Januar 1873.
(Per transatlantischen Telegraph.)
Das Post-Dampfschiff des Baltischen Lloyd
„**Thorwaldsen**", Kapt. **G. A. Liskow**,
ist heute nach stürmischer Reise wohlbehalten hier angekommen.

**Havre**, 12. Januar 1873.
(Per transatlantischen Telegraph.)
Das Post-Dampfschiff des Baltischen Lloyd
„**Humboldt**", Kapt. **E. Arnold**,
ging heute mit 86 Passagieren und voller Ladung nach Newyork in See.

# Die Wäsche-Fabrik,
## Magazin
## von Leinen-, Tisch- und Bettzeug, Weißwaaren, Daunen u. Federn
von
## Robert Schmidt
(vormals Anton Schmidt),
**Posen, Markt 63,**
unterhält ein großes Lager von fertiger
## Wäsche aller Art
**für Damen, Herren und Kinder,**
übernimmt Ausstattungen von den einfachsten bis elegantesten in durchweg solider Waare und stellt die billigsten Preise.

---

# Guano
## der Peruanischen Regierung.
Wir zeigen hiermit an, dass nach Verfügung der Peruanischen Regierung die Preise für den
**direct importirten Peru-Guano**
ab Lager hier gegenwärtig die folgenden sind:
**Reichsmarck 264 — bei Abnahme von 30,000 Ko. und mehr,**
**„ 289 — b. Abnahm. unter 30,000 Ko.**
per 1000 Ko. brutto incl. Säcke, excl. Verladungsspesen, gegen comptante Zahlnng in Reichsmünze oder preuss. Banknoten.
Den **aufgeschlossenen Peru-Guano**
in sofort verwendbarer Pulverform unter Garantie eines Gehaltes in demselben von
**9—10 % gegen Verpflichtigung geschützten Stickstoff und**
**9—10 % leicht löslicher Phosphorsäure,**
notiren wir ab Lager hier
**Reichsmarck 15 — Sh. bei Abnahme von 30,000 Ko. oder mehr,**
**„ 15 75 „ bei Abn. unter 30,000 Ko.**
pr. 50 Ko. brutto, incl. Säcke, excl. Verladungsspesen, gegen comptante Zahlung in Reichsmünze oder preuss. Banknoten.
Ueber sonstige Verkaufsbedingungen ertheilen wir auf Anfrage gern Auskunft.
Hamburg, den 1. Januar 1873.
## Ohlendorff & Co.,
**Alleinige Importeure des Peruanischen Guanos für Deutschland, Holland Oesterreich, die Schweiz, Dänemark, Schweden, Norwegen und Russland.**

---

## Graf Münster'sche Kartoffel-Aushebepflüge neuester Construction
erlaube ich mir den Herren Landwirthen bestens zu empfehlen. — Bestellungen auf obige Pflüge bitte ich mir rechtzeitig aufzugeben.
Auch liefere ich die einzelnen schmiede- und gußeisernen Theile zu diesen Pflügen; von denselben besitze ich die Original-Modelle und habe nach diesen im Vorjahre für Herrn Grafen Münster sämmtliche Theile in meiner Fabrik angefertigt.
## J. Kemna, Breslau,
**Eisengießerei und Maschinenfabrik.**

---

## Gicht und Rheumatismen
sind heilbar. Das bewährteste, wahrscheinlich einzige Mittel hiefür ist die
**Gichtwatte von Dr. Pattison,**
vorzüglich anwendbar bei rheumatischen Gesichts-, Brust-, Hals- und Zahnschmerzen, Kopf-, Hand- und Kniegicht, Gliederreißen, Rücken- und Lendenweh u. s. w. — Ganze Packete zu 8 Sgr. und halbe zu 5 Sgr bei
***Amalie Wuttke,*** Wasserstraße 8/9.

---

Sichere Hilfe!
Alle Diejenigen, welche **heimlichen Sünden** oder **Ausschweifungen** ergeben waren, und die nun deren **traurigen Folgen**, namentlich **Zerrüttung** des **Nerven-** u. **Zeugungssystems, Leiden** d. **Harnorgane, Entkräftung, Gedächtnißschwäche** &c. an sich verspüren, finden den **einzig sichere, billige u. vollständig discrete Hilfe** und **Schutz** gegen **schamlose Prellereien** durch das Buch:

**Dr. Retau's Selbstbewahrung.**
Mit 27 pathol.-anatom. Abbildungen
**74. Auflage. Preis 1 Thlr.**
Vorräthig in jeder Buchhandlung, in Posen
bei ***J. Jolowicz.***

Ueber **220 000 Expl.** wurden bereits von demselben abgesetzt und in den letzten **vier Jahren** allein verdanken ihm über **15 000 Personen die vollständige Herstellung ihrer geschwächten Manneskraft und dauernde Gesundheit.** Selbst **Regierungen** haben dessen vollständige **Reellität** u. **Nützlichkeit** anerkannt. Verwechsele man dieses Buch nicht mit anscheinend ähnlichen jedoch **schwindelhaften Nachahmungen.**

---

In ***Niewierz*** bei Duszniki, 1¼ Meile von der Eisenbahnstation Buk, sind circa 120 Morgen stehende Erlen und Birken Klaftern und Nutzholz zu verkaufen.
Nähere Auskunft ertheilt Dom. Siedlec bei Kostrzyn.

---

Fische! Leb. Hechte u. Barse, Donnerst. Ab. 4 U. billigst bei **Kletschoff.**

---

**Frischen amerikanischen Speck**
und Schmalz à Pfd. 6 Sgr. empfiehlt
## Wwe. Reppich,
**Sapiehaplatz 7, im Keller.**

---

Zu einer in Gebäuden fertige, in Thorn gelegene einzige
**Weizen-Stärke-Fabrik**
wird ein technischer
## Associe
zur inneren Einrichtung und selbständigen Leitung mit einem Kapital von 2—3000 Thlr. gesucht.
**L. Sichtau** in Thorn.

---

Avis! Frische Kieler Sprotten, bester frischen mar. Silberlachs, feinste Hamb Fleischwaaren, frisch, so wie neue Meff Citronen, hochr. süße Meff. Apfelsinen empf. gut u. billigst **L. Kletschoff**

---

**80 Liter Milch,**
täglich zweimal geliefert, sind abzugeben im **Milchkeller**, Markt 92

---

**Im Verlagsbureau A Prinz Altona**, Blumenstr. 27, erschien und ist von dort gegen Einsendung resp Nachnahme des Betrages zu beziehen:
**Casanova's Memoiren** aus dem Französischen frei übersetzt von Dr. Schmidt, 12 Bde. mit circa 40 Illustrationen nur 4 Thlr. 24 Sgr.
**Conversations Lexicon** des Humors, d. Witzes u. der Satyre, 6 Bde. (à 30 Bogen) nur 6 Thlr., auch jeder Band einzeln à 1 Thlr.; nach dem Urtheile des Herrn Dr. Strodtmann und anderer Kritiker das Beste was je in diesem Genre geboten wurde.
**Die Verschleimungen der Schleimhaut, Brust und Harnwerkzeuge**, als Grundursache der meisten Leiden, wie Magenschwäche, Magenkrampf, Magenhusten, Rheumatismus, Hämorrhoiden, Flechten, Drüsenleiden &c. von Dr. Rob. Tülb. In's Deutsche übertragen von Dr. August Wunder. 7½ Sgr.
**Hilfe für Haarleidende**, oder die endliche Befreiung vom Schinnenübel, Haarausfall, Haarergrauen, kahlen Stellen und deren Begleiter wie Schwindel, Migräne &c. von Dr. Morny. 7½ Sgr.
**Guter Magen u gute Brust!** Zwei Haupterfordernisse, ein langes Leben zu gewinnen und zu erhalten. Ein Wegweiser für Jedermann von Dr. Römer. Preis 7½ Sgr.
**Die Stärkung des Auges** und Wiederherstellung des richtigen Sehvermögens. Ein unentbehrlicher Rathgeber für Alle, welche an Schwäche der Augen leiden von Dr. José-Herrig, brosch. 5 Sgr.
**Der wahre Hausarzt bei allen Nervenleiden** von Dr. G. Liber. — 7½ Sgr. Bei den immer mehr überhand nehmenden Nervenleiden ist dieser Hausarzt ein wahrer **Schatz.**
**Die Qual der Blähungen** und ihre leichte Abhilfe, nach langjähriger Beobachtungen des Dr. John Witt. Deutsche Ausgabe. Preis 5 Sgr. Endlich giebt ein erfahrener Arzt der leidenden Menschheit Wege an, sich von der Qual der Blähungen auf eine einfache Weise zu befreien.
**Ein neues Heilverfahren** wegen **Leberleiden** und **Wassersucht** von Dr. von N. ß. 10 Sgr.
**In eiserner Faust.** Ein Polizeiroman aus der neuesten Zeit von J. Steinmann. 1½ Thlr.
**Neuth, die Fortpflanzung des Menschen** mit zahlreichen Illustrationen. 1½ Thlr
**Seitenstück zu Liebig's chemischen Briefen. Medizin. Briefe** zur Verständigung über Begriff, Werth und Wesen der neuesten wissenschaftlichen Medizin an das gesammte gebildete Publikum, insbesondere auch an die Medizin studirende Jugend und praktische Aerzte gerichtet. Von Dr. Wm. Christern Velinpap. 8 Eleg broch. 1 Thlr. Der Verfasser ein scharfer Denker und tüchtiger Arzt, hat auch seine jüngst erschienenen Schriften über „Prozeß der Zeugung" und „Grundriß der Naturwissenschaft", 2 Bde., sich einen Namen erworben.
**Die Heilung der Hämorrhoiden** oder der Hämorrhoidalprozeß auf dem Mastdarme, der Nase und der Schleimhaut der Lunge, nebst ihren Symptomen, als: Magendrücken, Sodbrennen, Hämorrhoidal-Kolik, Leber- u. Milz-Anschwellung, Appetitlosigkeit, Kreuzschmerzen, Ziehen in den Lenden, Kolikschmerzen, Schwindel, Ausschlag, mit Berücksichtigung der Welff'schen Kurmethode von Dr. Tobias. Preis ½ Sgr
**Die Scropheln und ihre Folgen**, wie Drüsengeschwülste und chronische Katarrhe, besonders Entzündung der Nasenschleimhäute und des Kehlkopfes, ferner Augenliderentzündung pustulöse Ausschläge, vorzüglich am Kopfe und hinter den Ohren, Knochenerweichung (englische Krankheit) geschwürige Lungensucht und andere **ohne Leberthran** heilbar. Nach den neuesten Beobachtungen des holländ. Hospitalarztes von Geldern. 7½ Sgr.
**Der Mensch von der Wiege bis zum Grabe.** Gesammelte Erfahrungen der berühmtesten Aerzte in der Kunst das Leben und die Gesundheit der Menschen zu erhalten und ihre Krankheiten zu heilen. Belehrungen über Liebe und eheliche Pflichten, über Schwangerschaft, **Wochenbett**, Pflege u. Wartung der Kinder und deren Krankheiten. Sicherung gegen geschlechtliche und geheime Krankheiten Von Dr. Fr. Albert. In illustrirtem Umschlag elegant **broschürt.** Preis 15 Sgr.

---

# Zur Gesellschaftssaison!
Lyoner Seidenwaaren, schwarz und couleurt, echte Sammete und türkische Shawls, in überraschendster Auswahl zu Original-Fabrikpreisen, empfiehlt
Lyon, Paris, **Maison Lyonnaise,** Zürich, Berlin,
**Vertreter: S. Kamieński.**
Posen. Hotel du Nord, Beletage.
**Proben nach Außerhalb franco.**

---

## Franz Schmidt's
# katholische Volksschullesebücher.
## Mit zahlreichen Illustrationen in Holzschnitt.

Im Verlage von **F. E. C. Leuckart** (Konstantin Sander) in **Leipzig** sind mit **hoher geistlicher Genehmigung** erschienen und durch jede Buchhandlung zu beziehen:
**Erstes Lesebuch für kath. Elementarschulen,**
herausgegeben von **Franz Schmidt.** I. Mit zahlreichen Illustrationen in Holzschnitt. Zwölfte Aufl. 7¼ Bog. 8 Ungebunden 3 Sgr.
**Lesebuch für katholische Elementarschulen,** herausgegeben von **Franz Schmidt.** II. Mit zahlreichen Illustrationen in Holzschnitt. Vierte Aufl. Ungebunden 12½ Sgr.
Wegen des christkatholischen Geistes, der diese Bücher durchweht, wegen des brauchbaren Materials, das sie bieten, und wegen der einfachen, lichtvollen und für die praktische Verwendung bequemen Anordnung desselben sind die **Schmidt'schen Lesebücher** von drei hohen **Geistlichen** und **Unterrichtsbehörden** von Schlesien und Posen allen katholischen Volksschulen auf das Angelegentlichste empfohlen worden. Auch außerhalb dieser Provinzen haben die Schmidt'schen Lesebücher wegen ihrer außerordentlichen Vorzüge sich rasch Eingang verschafft; namentlich in Hannover, Sachsen und einigen Theilen der Oesterreich-Ungarischen Monarchie. **Auf direkt an die Verlagshandlung gerichtete Verlangen sendet dieselbe Probeexemplare behufs Prüfung zum Zwecke der Einführung gratis zu.**

---

## Schreib-Unterricht.
Hiermit dem geehrten Publikum die ergebenste Anzeige, daß ich jeden Schlechtschreibenden
**in 8 Lectionen**
eine schöne, geläufige **Mercantil- oder Kanzleischrift,** nach einer von mir entworfenen und in einem Werke: („**Die nothwendige Kalligraphie, Berlin 1869.** IV. Aufl.") veröffentlichten Methode beizubringen im Stande bin.
Zahlreiche Zeugnisse von hohen und höchsten **Civil- u. Militair-Personen** sowie von den anerkanntesten Pädagogen Deutschlands liegen bei mir zur geneigten Einsicht vor.
Das Honorar beträgt im Zirkel Mehrerer 5 Thlr
**Anmeldungen** werden entgegengenommen: in meiner Wohnung **Breitestr. 14**, 2 Tr.,
zwischen 9—10 Vorm. und 6—8 Abends.
**J. Baeum'l,**
Lehrer d. Kalligraphie.

---

Eine Parthie
**kieferne Holzkohlen**
ist in größeren und kleineren Posten an Warthe zu soliden Preise zu vergeben zu erfragen in der Exp. d. Bl.

---

**270 Stück Fetthammel** und
**12 Stück starke Ochsen,** auch noch zur Arbeit tauglich, stehen zum Verkauf auf dem Dominium **Modrze** bei Stenschewo.

---

**Cathar.-Pflaumen,**
**Tyroler Aepfel,**
**Oporto-Birnen,**
**Prünellen,**
**Görzer Maronen,**
empfiehlt
## E. Schmidt,
Breslauerstraße 13.

---

***Apotheker Krause's Injection*** Fl. 1 Rthlr. heilt radical jeden ***Ausfluss*** der ***Harnorgane.*** Erfolg garantirt. **Dr. Druschke,**
Berlin, Sebastianstr. 39

---

## Cundurango-Rinde
heilt mit wunderbaren Erfolg Krebs Syphilitische, Lungen-, Scrophulöse u. Blutkrankheiten, Mittheilung darüber unentgeldlich p. r. Ret.-Marke.
***Tannin-Spiritus,*** die Flasche 1 Thlr., hinreichend um ganz veralteten unheilbaren Rheumatismus, Gicht, nervös. Kopfschmerz radikal zu beseitigen.
## Rud. Süss,
Berlin, Gesundbrunnen.

---

Hamb. Rauchfleisch, Gothaer, Braunschweiger, Sardellen-, Trüffelleber-, Braunschweiger Roth- u. Zungenwurst, Thüringer Land- und Blasenschinken, Italienischen Fleischkäse empfing und empfiehlt
## E. Schmidt,
Breslauerstr. 13.

---

Empfingen soeben besten, großen, frischen
**Stockfisch**
und empfehlen
## Gebr. Andersch.

---

**Preißelbeeren**
**steif in Zucker gekocht**
empfiehlt in bekannter Qualité
**E. Schmidt,**
Breslauerstr. 13.

---

**Amerik. Speck-Schmalz**
Die erste Sendung neuer Waare ist vom **New-York** eingetroffen und offeriren sehr billig
***Krug & Fabricius.***

---

**Weichselneunaugen**
in ¹/₁ und ½ Schockfäßer, frisch mar. **Lachs u Aal,** russ. **Sardinen** und **Anchovis** in kl. To., geräuch. **Lachs Spickaale, geräuch. Maränen, Perlcaviar,** feinste holl. **Heringe** in ¹/₁₆ To., sowie **frische Fische** als: Lachse, Seezonder, echte Teichkarpen, Brassen, Hechte, große Seebarse, Dorsche &c. versendet prompt unter Nachnahme
**Brunzen's See-Fischhandlung**
in Danzig.

---

Den geehrten Bestellern von **Cölner Dombau-Loosen** zur Nachricht, daß solche nicht mehr zu haben sind.
**Die Exp. d. Pos. Ztg.**

---

**Preuß. Lotterie-Loose**
kauft jeden Posten und zahlt für ¹/₁ 5 Thlr, für ½ 7 Thlr., für ¼ 3 Thlr Aufgeld. ***August Froese*** in **Danzig, Preuß. Lotterie-Compt** Send. pr. Postmandat w. sof. ausgezahlt

---

Allen
## Stellensuchenden
kann zum **raschen und sicheren Engagement ohne Kommissionäre ohne Honorare,** also auf **direkten** Wege nur die **„Vacanzen-Liste"** empfohlen werden. da diese sich nun **bereits seit 14 Jahren** bei jedem Stellensuchenden glänzend bewährte. Dieselbe theilt alle Stellen für Kaufleute, Lehrer, Erzieherinnen Landwirthe, Forstbeamte, kurz jeder Branche und in höherer oder geringerer Charge allen Denen in wöchentlichen Listen franko mit, welche mit **1 Thlr.** (5 Nummern) oder **2 Thlr.** (13 Nummern) beim Buchhändler **A. Retemeyer** in Berlin Breitestraße 2, darauf abonniren.

---

**Stellensuchende**
junge Kaufleute aller Branchen können stets Engagements nachgewiesen erhalten durch **J. Guttmann's** merk. Nachw.-Gesch., Kattowitz O/S Zur Rückfr. eine Marke beizufügen.

---

Eine Ziegelstreicher-Stelle bei bedeutendem Verkaufe an Material ist vacant auf dem Dom. **Wiatrowo** bei Wongrowiec. Nur ein guter Meister wird beachtet.

---

## Ein Büreaugehülfe
findet vom 1. Februar oder 1. März c. ab bei dem Königl. Distrikts-Amt in **Bojanowo** dauernde Stellung. Gehalt nach Uebereinkommen. Meldungen werden bald erbeten.

---

**Als Gesellschafterin**
wird ein **gebildetes junges Mädchen** per 1. März c. gesucht. Näheres durch das **„Bureau Germania"** zu **Dresden.**

---

Ein deutscher unverheiratheter Wirthschaftsbeamter findet als Hofverwalter und Rechnungsführer sofort Stellung auf dem Dom. Modrze bei Stenszewo. Persönliche Vorstellung erwünscht.

---

Für ein Fabrikgeschäft wird ein solider Mann mit guter Handschrift, deutsch und polnisch sprechend, als
**Lagerverwalter**
**und zweiter Buchhalter**
zum 15. Februar cr. gesucht. Gehalt 300 Thlr. und kleine Familienwohnung. Adressen sind erbeten ***P. J. 380.*** poste rest. Bromberg.

---

**Eine tüchtige Directrice**
sucht unter den **vortheilhaftesten Bedingungen** für sein
**Putz-Geschäft**
zum sofortigen Antritt.
***Carl Mallon*** in Thorn.

---

☞ **Einige Reisende und Comptoiristen,** sowie **Lager-Commis** und **Verkäufer für div. Branchen** können sof. und später **gute Stellen** erhalten durch das **Bureau Germania** zu **Dresden.**

---

Für meine
**Eisen- u. Kohlenhandlung**
suche ich zum sofortigen Antritt einen **tüchtigen Commis.**
**Isidor Levysohn,**
Eisen- u. Kohlen-Handlung in Nakel.

---

Ein in allen Branchen der Landwirthschaft erfahrener, beider Landessprachen mächtiger Beamter, dem gute Zeugnisse und Empfehlungen zur Seite stehen, auch eine Kaution von 4- bis 5000 Thlr. zu stellen vermag, sucht vom 1. April oder Juli cr. ab eine Stelle als Administrator oder 1. Inspektor. Zu erfragen bei Frau Rendant **Rudnik** in Posen, Grabenstraße 27.

---

Ein verheiratheter junger Förster, mit guten Zeugnissen versehen, der gegenwärtig noch in Stellung ist, sucht ein anderweitiges Unterkommen poste rest. **F. J. Dt.-Crone.**

---

Ein gebildt. jung. Mädchen, a. gut. Fam., d. kochen, schneidern, Putz machen, m. d. Maschine nähen &c. kann, sucht (stell. 3 Stütze d. Hausfrau) pass. Stelle Adr. O. F. post rest. Samter.

---

Il n'est point beau de se moquer les sentiments qu'on a pour nous.
***Toujours fidèle***

---

**Familien-Nachrichten.**
**Statt jeder besonderen Meldung.**
Die Verlobung unserer jüngsten Tochter **Henriette** mit dem Kaufmann Herrn **Ephraim Grünbaum** aus Schwersenz zeigen Verwandten und Freunden hierdurch ergebenst an
Posen, den 15. Januar 1873.
**Nathan Hamburger** und Frau.

**Henriette Hamburger,**
**Ephraim Grünbaum,**
Verlobte.
Posen. Schwersenz.

---

Die Verlobung unserer Tochter **Natalie** mit dem Kaufmann Herrn **Wilhelm Manaſſe** in Schweidnitz zeigen Freunden und Verwandten ergebenst an.
Schmiegel, den 13. Januar 1873.
**David Loewenthal & Frau.**

---

Die Verlobung meiner Tochter **Johanna** mit dem Kaufmann Herrn **Js. Rothschild** aus Breslau beehrt sich statt besonderer Meldung anzuzeigen
Schwersenz, den 15. Januar 1873.
**Julie Placzek,**
geborene **Jeßmann.**

---

## Volksgarten-Theater.
Heute Mittwoch
(ohne Tabaksrauch)
zum ersten Male: **Kapital und Arbeit oder: Friede auf Erden.** Soziale Zeitbilder mit Gesang in 3 Abtheilungen von **Marc Aurel.** Musik von Conradi.

---

## Tanzunterricht.
Hierdurch die ergebene Mittheilung, daß der bereits angekündigte **Tanz-Cursus den 22. d. Mts.** seinen Anfang nimmt. Weitere Anmeldungen werden wir den 21. d. M. persönlich entgegen nehmen.
**Geschwister Eichberg.**

---

**Kesselwurst** Donnerstag in der Aktien-Bierbrauerei St. Martin 56a. bei **F. Rakowski,** Restaurateur.

---

Ein Hund, großer brauner Affenpinscher, ist fortgelaufen; Finder Belohnung Kleine Gerberstraße 9. parterre.

---

Ein kleiner brauner Wachtelhund verloren gegangen; es wird ersucht, denselben gegen Belohnung Königsstraße 21, 2 Treppen abzugeben.

## Börsen-Telegramme.

**Newyork,** den 14 Januar. Goldagio 12⅛. 5/20 Bonds 1885. 114⅛.

**Berlin,** 15. Januar. (Anfangs-Kurse.) **Weizen** matt per Januar 81⅞, April Mai 82⅝. — **Roggen** matt, loko 57½, Januar 58, April-Mai 56½, Mai-Juni 56⅝ — **Rüböl** ruhig, loko 22⅝, Jan.-Febr 22⅞, April-Mai 23 11/24. — **Spiritus** matt, per Januar 18. 8, April-Mai 18 21, Juni-Juli 19. 1. — **Hafer** still per Januar — — **Petroleum** 14⅞. — Galizier Eisenb. 104⅞, Staatsbahn 204½. Lombarden 114½, Italiener 65, Amerik. 97½, Oester. Kreditaktien 200½, Türken 52.

**Fondsstimmung:** fest — **Wetter:** trübe

## Börse zu Posen
am 15 Januar 1873

**Fonds,** Posener 3½% Pfandbriefe 94 G., do. 4% neue do 90½ bz, do. Rentenbr. 92⅞ G., do. Provinz.-Bankaktien 113 B, do 5proz Provinz.-Obligat. 100½ bz., do. 5% Kreis-Obligat. 100½ bz. do. 5% Obra-Meliorat.-Oblig. 100 G., do 4½% Kreis-Oblig. 92⅞ G, do. 4% Stadtobl II. Em. 90 G., do. 5% Stadt-Oblig. 100½ bz. preuß. 3½prozentg. Staatsschuldsch 89 G. preuß 4proz Staatsanl. 95⅞ G, 4½-proz. freiw. do. 103½ G., do. 3½proz Präm.-Anl. 125 B. Nordd. Bundesanl. –, Märk.-Posener Eisenb.-St.-Aktien 59½-¼ bz. russ. Banknoten 83 bz. ausländische do. 99⅞ G. Tellus Aktien (Bninski, Chlapowski, Plater & Co.) 11 ⅞ bz, Ostd Bank 100 bz., Ostd. Produkten Bank 82 G., Provz.-Wechs.- u. Disk.-Bank 96½ bz. u. B, Aktien Kwilecki, Potocki & Co 96 B., poln 4prez. Liquidationsbriefe 64⅞ B.

### Privat-Cours-Bericht.

**Posen**, 15. Januar. **Tendenz:** —

| **Deutsche Fonds.** | |
|---|---|
| Posen. 3½proz. Pfandbr. | 93 B |
| dito 4proz. Pfandbr. | 90½ bz B |
| dito 4proz. Rentenbr. | 92⅞ B |
| dito 5proz. Prov.-Obl. | 100½ bz |
| dito 5proz. Kreis-Obl. | 100 bz |
| dito 4½proz. Kreis-Obl. | 91 B |
| dito 4proz. Stadtoblg. | 88 G |
| dito 5proz. Stadtobl. | 100 G |
| Nordd. Bundesanl. | — — |
| Preuß. 4½proz. Konsols | — |
| dito 4proz. Anleihe | 95⅞ G |
| dito 3½proz. Staatssch. | |
| Köln-Mind. 3½pr. Pr.-S. | — — |

| **Ausländische Fonds.** | |
|---|---|
| Amer. 6proz. 1882 Bonds | — |
| dito dito 1885 Bonds | — — |
| Oesterr. Papier-Rente | 61¼ G |
| dito Silberrente | 65½ G |
| dito Loose von 1860 | 95 G |
| Italienische Rente | 65 G |
| Russisch-engl. 1870er Anl. | — — |
| dito dito 1871er Anl. | — — |
| Russ. Bodenkredit-Pfbr. | 91 B |
| Poln. Liquid.-Pfandbr. | — — |
| Türk. 1865 5proz. Anl. | 52 G |
| dito 1869 6proz. Anl. | 63 G |
| Türkische Loose | 176 B |
| Russische Noten | 83 G |
| Oesterreichische Noten | 92½ B |

| **Bank-Aktien.** | |
|---|---|
| Berliner Bankverein | — — |
| dito Bank | — — |
| dito Produkten-Handbk. | — |
| dito Wechsler-Bank | 64⅞ G |
| Breslauer Diskontobank | 118½ G |
| Berliner Disk.-Kommd. | — — |
| Central-Genoss.-Bank | — — |
| Deutsch. Hyp.-Bk. Berlin | — — |
| Centralb. f. Ind. u. Hand | 108½ G |
| Kwilecki, Bank f. Ldw. | — — |
| Meininger Kreditbank | — — |
| Oesterr. Kredit | 201 G |
| Ostdeutsche Bank | 99⅞-100 bz G |
| Ostd. Produktenbank | 81 G |
| Pos. Pr. Wechsl. Disk. B | 96 bz G |
| Pos. Provinzial-Bank | 112½ G |
| Pos. Bau-Bank | — — |
| Schles. Bankverein | 158⅞ B |
| Tellus-Aktien | — — |
| Preuß. Kredit | 138½ G |
| dito Bodenkredit | 175 G |

| **Eisenbahn-Aktien.** | |
|---|---|
| Aachen-Mastricht | — — |
| Bergisch-Märkische | — |
| Berlin-Görlitzer St.-A. | — — |
| Böhmische Westbahn | 109⅞ B |
| Brest-Grajewo | — — |
| Crefeld, Kr. Kemp. 6pr. | — |
| Köln-Mindener | 165½ G |
| Galizier (Carl-Ludwb.) | 104⅞ B |
| Halle-Sorau-Guben | 66 G |
| dito Stammprior. | — — |
| Hannover-Altenbecken | — |
| Kronprinz-Rudolphsb. | 78⅞ G |
| Lüttich-Limburg | — — |
| Märkisch-Pos. St.-Akt. | 59½-⅛ bz |
| dito Stamm-Prior. | 82½ G |
| Magd.-Halberst. 3½pr. B. | — |
| Oestr.-Franz. Staatsb. | 205 bz |
| Oesterr. Südb. (Lomb.) | — — |
| ultimo | 114½-½ bz |
| Ostpreuß. Südbahn | — — |
| Rechte Oderuferbahn | — — |
| Reichenberg-Pardubitz | — — |
| Rhein-Nahe | 44⅞ B |
| Schweizer Union | 28 G |
| dito Westbahn | 53¼ B |
| Stargard-Posen | 100½ B |
| Rumänische | 44½ G |
| Berlin-Dresden Stamm | — |

| **Industrie-Aktien.** | |
|---|---|
| Marienhütte | — — |
| Redenhütte | — — |
| Berl. Holzkomptoir | 107 G |
| Berl. Viehhof | — |
| Hoffmann Waggonfabr. | — — |
| Lauchhammer | 111½ G |
| Pos. Bierbrauerei | 100 G |
| Laurahütte | — — |

[Amtlicher Bericht.] **Roggen** (per 20 Centner). Kündigungspreis 53⅝. pr. Jan. 53⅝, Januar-Februar 53⅝, Febr.-März 54, März April —, Frühjahr 55, April-Mai 55

**Spiritus** [mit Faß] (per 100 Liter = 10,000 pCt. Tralles). Kündigungspreis $17\frac{5}{12}$. Gekündigt 10 000 Liter. pr. Januar 17½ $\frac{5}{12}$, Februar $17\frac{7}{12}$, März 17¾, April 18, Mai 18¼, Juni 18½.

[Privatbericht.] **Wetter:** regnerisch. **Roggen** (pr. 1000 Kilogr.) behauptet. Kündigungspreis 53⅝. pr. Januar 53⅝ bz. u. B., Jan.-Febr. do. Febr.-März 54 B, Frühjahr 55 bz. u. B., April-Mai 65 bz. u. G., Mai Juni 55¼ B.

**Spiritus** (pr. 10,000 Liter pCt.) fest. Kündigungspreis $17\frac{5}{12}$ Gekündigt 15,000 Liter. per Januar $17\frac{5}{12}$ bz. u G., Februar $17\frac{7}{12}$ bz. u B, März 17¾ bz u. G, April 18 B., April-Mai 18⅛ bz. u. B., Mai 18¼ G., Juni 18½ bz. u. B., Juli 18¾ bz. u. B.

### Posener Marktbericht vom 15. Januar 1873.

| | | | Preis | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Höchster | | | Mittlerer | | | Niedrigster | | |
| | | | Thl. | Sgr | Pf | Thl. | Sgr | Pf | Thl. | Sgr | Pf |
| Weizen fein, | per 42 | Kilogr. | 3 | 17 | 6 | 3 | 11 | 3 | 3 | 10 | — |
| " mittel | " | " | 3 | 5 | — | 3 | 4 | — | 3 | 2 | 6 |
| " ordinär | " | " | 3 | 1 | 3 | 3 | — | — | 2 | 26 | 3 |
| Roggen, fein | 40 | " | 2 | 8 | — | 2 | 7 | 6 | 2 | 6 | 3 |
| " mittel | " | " | 2 | 5 | — | 2 | 3 | 9 | 2 | 3 | — |
| " ordinär | " | " | 2 | 2 | 6 | 2 | 2 | - | 2 | 1 | 3 |
| Große Gerste | 37 | " | 1 | 27 | 6 | 1 | 23 | — | 1 | 20 | — |
| Kleine " | " | " | 1 | 25 | — | 1 | 21 | 3 | 1 | 20 | — |
| Hafer | 25 | " | 1 | 6 | 3 | 1 | 2 | — | 1 | — | — |
| Kocherbsen | 45 | " | 2 | 5 | — | 2 | 4 | — | 2 | 3 | — |
| Futtererbsen | " | " | 2 | — | — | 1 | 28 | 9 | 1 | 27 | 6 |
| Winter-Rübsen | 37 | " | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| " Raps | " | " | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Sommer-Rübsen | " | " | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| " Raps | " | " | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Buchweizen | 35 | " | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Kartoffeln | 50 | " | — | 19 | — | — | 17 | 6 | — | 16 | — |
| Wicken | 45 | " | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Lupinen, gelbe | 45 | " | 1 | 17 | 6 | 1 | 15 | — | 1 | 12 | 6 |
| " blaue | " | " | 1 | 7 | 6 | 1 | 5 | — | 1 | 3 | 9 |
| Rother Klee | 50 | " | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Weißer | " | " | — | — | — | — | — | — | — | — | — |

Die Markt-Kommission.

### Posener Privat-Marktbericht vom 15. Januar 1873.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Weizen: ruhiger. | p. 1050 Kil. | feiner | 88–96 Thlr |
| | | mittel | 83 86 " |
| | | ordinär und defekt | 75 80 " |
| Roggen: matter. | p. 1000 | feiner | 56–57 " |
| | | mittel | 54–55 " |
| | | ordinär | 52 53 " |
| Gerste: beachtet. | p. 925 | feine | 46–47 " |
| | | mittel und ordinär | 42–43 " |
| Leinsaamen: unverändert. | p. 925 | | 75–82 " |
| Hafer: flau. | p. 625 | feiner | 27½ 2?½ " |
| | | mittel und defekt | 25–26½ " |
| Erbsen: ruhiger | p. 1125 | Koch- | 53–55 " |
| | | Futter- | 48 50 " |
| Oelsaaten | p. 1000 | Raps | |
| | | Rübsen | |
| Wicken: offerirt | p. 1125 | | 43 45 " |
| Klee: | p. 50 | roth | |
| | | weiß | |
| Buchweizen: beachtet. | p. 875 | | 46 49 " |
| Lupinen: | | gelbe | |
| | | blaue | |

feinste Waare über Notiz.

## Produkten-Börse.

**Magdeburg,** 13 Januar. Weizen 78–82 Rt., Roggen 59 61 Rt. Gerste 60–70 Rt., Hafer 45–50 Rt. für 2000 Pfd. (B. u. Hdls.-Z.)

**Breslau,** den 13 Januar (Landmarkt.)

In Thlr., Sgr. und Pf. pro 100 Kilogramms.

| Festsetzungen der städtischen Markt-Deput. | feine | | | mittle | | | ord. Waare. | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Weizen w. | 9 | — | — | 8 | 7 | — | 6 | 28 | — |
| do. g. | 8 | 12 | — | 7 | 28 | — | 6 | 22 | — |
| Roggen | 6 | 4 | — | 5 | 28 | — | 5 | 14 | — |
| Gerste | 5 | 12 | — | 5 | 8 | | 4 | 24 | — |
| Hafer neu | 4 | 10 | — | 4 | 4 | — | 4 | 2 | — |
| Erbsen | 5 | 10 | — | 4 | 25 | — | 4 | 15 | — |

| Festsetzg der Handelsk.-Kommission. Per 100 Kilogramm | feine Thl. | Sgr | Pf | mittle Thl. | Sgr | Pf | ord. Waare. Thl. | Sgr | Pf |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Raps . . . | 10 | 2 | 6 | 9 | 17 | 6 | 9 | 2 | 6 |
| Winterrübsen | 9 | 12 | 6 | 8 | 27 | 6 | 8 | 5 | — |
| Sommerrübsen | 9 | 12 | 6 | 8 | 17 | 6 | 7 | 17 | 6 |
| Dotter . . . | 8 | 15 | | 7 | 25 | — | 7 | — | — |
| Schlaglein . . . | 9 | — | — | 8 | 15 | — | 7 | 15 | — |

(Brsl. Hdls.-Bl.)

**Bromberg,** 14. Januar. Wetter trübe. Morgens 5° +, Mittags 8° +. Weizen 125 128pfd 78–83 Thlr., 129 131pfd. 84 85 Thlr pr. 1000 Kilogramm — Roggen 120 122pfd. 52 53 Thlr pr. 1000 Kilogramm — Erbsen nach Qual. 42 43, 44 Thlr. pr. 1000 Kilogr. — Spiritus 17½ Thlr pr. 100 Liter a 100%. (Bromb. Ztg.)

## Posen-Inowraclaw-Bromberger Eisenbahn.
Posen, den 26. Mai 1872.

| Abgang. | | Ankunft. | |
|---|---|---|---|
| Gemischter Zug | 5 Uhr 34 Min. Morgens. | Gemischter Zug | 1 Uhr 53 Min. Nachm. |
| Personen-Zug | 11 - 30 - Vormittg. | Personen-Zug | 3 - 22 - - |
| Gemischter Zug | 8 - 2 - Nachmtt | Gemischter Zug | 7 - 6 - Morg |

## Mg. Ueber die Witterung des Dezbr. 1872.

Der mittlere Barometerstand des Dezember beträgt nach fünfundzwanzigjährigen, täglich drei Mal, des Morgens um 6 Uhr, des Mittags um 2 Uhr und des Abends um 10 Uhr in der Stadt Posen angestellten Beobachtungen: 27″ 11‴ 40 (Pariser Zoll und Linien). Der mittlere Barometerstand des vergangenen Monats war: 27″ 9‴ 32, war also bedeutend, nämlich um 2‴ 08 niedriger, als das berechnete Mittel.

Der vergangene Monat gehörte in Folge des vorherrschenden Aequatorialstromes der häufig als SO, SSO. S. und SW wehte, zu den mildesten Dezembern seit 1848. Er steht jedoch hinter dem wärmsten Dezember, dem von 1852 mit 2° 83 Wärme, immer noch um volle 2, 2 Grad zurück, während er den kältesten den von 1855 mit 6, 15 Grad Kälte, um 6, 78 Grad an Wärme übertrifft. — Das Barometer fiel vom 2. Mittags 2 Uhr bei SW. und Regen von 27″ 8‴ 93 bis 4. Juni Abends 10 Uhr auf 27″ 1‴ 94, hob sich bei NW. und Regen bis zum 6. Morgens 6 Uhr auf 27″ 10‴ 14, fiel bei S., SW. und häufigem Regen bis zum 11. Mittags 2 Uhr auf 27″ 2‴ 40 hob sich dann bei NW und veränderlichem Himmel bis zum 13. Abends 10 Uhr auf 27″ 11‴ 89 und unter geringen Schwankungen, während der O und OSO Kälte und etwas Schnee brachten, bis zum 22. Mittags 2 Uhr auf 28″ 2‴ 79, fiel dann bei OSO. und meist bedecktem Himmel bis zum 25. Morgens 6 Uhr auf 27″ 8″ 16 und stieg bei NO., SO. und heiterem Himmel bis zum 30. Abends 10 Uhr auf 28″ 1‴ 66

Am höchsten stand es am 27. Abends 10 Uhr: 28″ 2‴ 92 bei NO.; am tiefsten am 4 Abends 10 Uhr: 27″ 1‴ 94 bei OSO.; mithin beträgt die größte Schwankung im Monat 12‴ 98, die größte Schwankung innerhalb 24 Stunden: + 7‴ 82 (durch Steigen) vom 4. zum 5. Abends 10 Uhr, während der Wind von OSO. nach WNW. herumging.

Die mittlere Temperatur des Dezbr. beträgt nach fünfundzwanzigjährigen Beobachtungen — 0° 90 Reaumur, ist also um 2° 81 niedriger, als die des November; die mittlere Temperatur des vergangenen Monats war + 0° 63, war also bedeutend, nämlich um 1° 53 über dem Mittel.

Die mittlere Tageswärme stieg vom 1. bis 3. von + 4° 87 Reaumur auf + 6° 77 (dem höchsten Tagesmittel), fiel bis zum 6. auf + 1, 73, stieg bis zum 10. auf + 4° 00, fiel bis zum 15. auf + 0° 90, und am 16. auf — 0° 03, sank dann bis zum 20 auf — 0° 90 (dem niedrigsten Tagesmittel), stieg bis zum 23 auf — 2° 43 und am 24 auf + 0° 70 und schwankte bis zum Ende des Monats um 0 30 Grad Kälte. Im Ganzen war das Tagesmittel an 13 Tagen unter dem Gefrierpunkte.

Am höchsten stand das Thermometer am 3. Mittags 2 Uhr: + 8° 9 bei mäßigem SW, am tiefsten am 19. Morgens 6 Uhr: + 5° 4 bei starkem SO

Aus den im Dezember beobachteten Winden:

| | | | |
|---|---|---|---|
| N. = 0 | NO. = 3 | NNO. = 0 | ONO. = 4 |
| O. = 9 | SO. = 14 | NNW. = 0 | OSO. = 16 |
| S. = 8 | NW. = 3 | SSO. = 11 | WNW. = 2 |
| W. = 2 | SW. = 11 | SSW. = 6 | WSW. = 4 |

ist die mittlere Windrichtung von Ost 29° 25′ 20″ zu Süd berechnet worden.

Die Niederschläge betrugen an 7 Regen- und 6 Schneetagen 173, 5 Kubikzoll auf den Quadratfuß Land, so daß die Regenhöhe auf 14‴ 71 stieg. Das größte Tagesquantum fiel am 4. und betrug 72, 1 Kubikzoll.

Es wurde 2 Nebel, 2 Mal Reif und am 9. und 14. Morgens 6 Uhr ein großer Hof um den Mond beobachtet. Ein Tag war wolkenleer.

Das Mittel der Luftfeuchtigkeit war des Morgens 6 Uhr 89 Prozent des Mittags 2 Uhr 82 Prozent, des Abends 10 Uhr 89 Prozent und im Durchschnitt 87, Prozent der Sättigung. Der mittlere Dunstdruck (der Druck des in der Luft enthaltenen Wasserdampfes) betrug 1‴ 90; mithin der Druck der trockenen Luft allein 27″ 7‴ 42.

**Paris,** 15. Januar. Der von der Subkommission der Dreißiger-Kommission ausgearbeitete Gesetzentwurf lautet also: Die Nationalversammlung in Aufrechterhaltung ihrer konstituirenden Gewalt, aber bestrebt, die Befugnisse der Exekutive zu verbessern, beschließt: Art. 1. Thiers verhandelt mit der Nationalversammlung durch Botschaften, welche von einem Minister von der Redner-Tribüne verlesen werden. Er muß von der Nationalversammlung gehört werden, sobald er es für nothwendig hält und nachdem diese davon benachrichtigt ist. Die Berathung, bei welcher der Präsident das Wort ergreifen will, wird suspendirt, sobald die Botschaft eingeht. Der Präsident nimmt am Morgen nach der Botschaftsannahme das Wort. Durch Spezialbeschluß kann diese auch für den nämlichen Tag schon angeordnet werden. Nachdem Thiers gehört worden, wird die Sitzung aufgehoben und die Debatte erst in späterer Sitzung fortgesetzt; die Diskussion muß in Abwesenheit Thiers erfolgen. Art. 2. Bei Dringlichkeitsgesetzen kann Thiers binnen 3 Tagen mittelst neuer Botschaft abermalige Berathung, bei anderen Gesetzen nach zweiter Lesung Verschiebung der dritten Lesung um einen Monat verlangen. Interpellationen dürfen nur an den Minister, nicht an den Präsidenten der Republik gerichtet werden. Art. 3. Nach Auflösung der Versammlung wird die Legislativgewalt von 2 Kammern ausgeübt. Eine Kommission ist mit Ausarbeitung eines Gesetzes für Deputirtenwahl und für Mitglieder-Ernennung und für Befugnisse der zweiten Kammer beauftragt.

**Versailles**, 15. Januar. [Sitzung der Dreißigerkommission.] Thiers setzt seine Ansichten über den Gesetzentwurf auseinander. Die Kommission betont die Wünsche, welche im Interesse des Landes nothwendig sind. Thiers nimmt den Gesetzentwurf mit einigen Vorbehalten an, deren Prüfung er der Kommission anheim stellt. Thiers verlangt anstatt einmonatlichen Aufschubs für das suspensive Veto, welcher unzureichend sei, einen viermonatlichen. Er erklärt sich gegen die Formalität einer jedesmaligen Botschaft, wenn er sprechen wolle, gegen die Verpflichtung, das Sitzungslokal zu verlassen und will bei Interpellation anwesend sein. Er will, daß die zweite Kammer wenigstens zwei Monate vor Auflösung der Versammlung konstituirt werde, und daß sich die jetzige Exekutive auf 6 Wochen nach Auflösung der Versammlung erstrecke. Die Sitzung wurde nach Thier's Rede geschlossen. Die Kommission wird ihre Berathungen Freitags fortsetzen.

**London**, 15. Januar. Die Königin empfing gestern Schuwaloff. „Daily News" zufolge wird die englische Antwortserklärung auf die Eröffnungen des Außenkabinets von Petersburg abgehen.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen